
Google

Nicht beneidend sieht Colonia freundlich blühen
Eurer Kinder Glück, für Zeiten ohne Zahl;
Sieht Europens Friedensmorgenröte glühen,
Aber, ach! vermißt für sich des Glückes Strahl.

Darum flehn wir — freie deutsche Schwesterstädte,
Legt den Siegern uns're stille Bitte vor,
Wenn für sie auch unser Blut geflossen hätte,
Reichten selbst die Hände dringend wir empor;

Uns're Bitte, daß am reichsten, schönsten Flusse,
Köln, des Deutschen Reiches freie Stadt,
Frei und deutsch, im seligen Genusse,
Alter Rechte lebe, wie gelebt sie hat.

Also das war das Ideal der damaligen Köln. Zeit., Prophezeien und Staatskunst wiederum recht schwach! Inzwischen ging die Weltgeschichte ihren Gang weiter, Napoleon kam nach Elba und später nach St. Helena, von wo aus er der K. Z. nichts mehr anhaben konnte; wie schön konnte sie jetzt schimpfen! Der Wiener Kongreß sprach die Rheinlande und mit ihr die Stadt Köln dem preußischen Staate zu. Das Einverleibungs-Patent datiert vom 5. April 1815, wurde in Köln am 15. bekannt und prompt kommt der K. Z. die Erleuchtung, daß es so am besten sei; sie schreibt:

„Köln, den 19. April. Die definitive Vereinigung dieser Länder mit dem preußischen Staate giebt dem Unbefangenen zu folgenden Betrachtungen Anlaß.

Die Regierung, welche in diesem verhängnisvollen Augenblick der deutschgesinnte Bewohner der rheinischen Provinzen sich wünschte, mußte notwendig diejenige sein, welche am kräftigsten die Macht und den Willen, gegen französischen Angriff sie zu schützen, bekundet hat. Und schon in dieser Hinsicht allein würde jene Regierung frei von ihm gewählt werden, der wir jetzt durch den Gesamtwillen der verbündeten Fürsten des europäischen Staatenvereins zu teil geworden sind und deren unsterbliches Verdienst um deutsche Ehre, Freiheit und Selbständigkeit in dem unbegrenzten Hasse, welchen der Erbfeind des deutschen Volkes ihr gewidmet hat, am deutlichsten zurückstrahlt.





Kölnische Zeitung
Abend-Ausgabe

Die Kölnische Zeitung und ihre Wandlungen

im Wandel der Zeiten

von

Franz Dieudonné.

Die Kölnische Zeitung

und

ihre Wandlungen

im

Wandel der Zeiten

von

Franz Dieudonné.

„A chaque seigneur
son honneur.“



Berlin S.W.
Hermann Walther Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.
1903.



gebender Stelle die gebührende Beachtung finden, kann füglich nicht bezweifelt werden.

Zunächst möge hier der entscheidende Passus aus dem erwähnten Leitartikel folgen:

„Wenn den Reichstag seine so viel berufene Würde nicht daran verhindert, zu bekunden, er könne nur dann etwas leisten, wenn er im Tagelohn arbeite, so haben die verbündeten Regierungen unseres Erachtens keinen Anlaß, den Reichstag höher einzuschätzen und aus dieser höheren Einschätzung einen Kriegsfall zu machen. A chaque seigneur son honneur. Sind also die Kompromiß-parteien bereit, auf die Regierungsvorlage herabzusteigen, so werfe man ihnen ruhig den Brocken der Anwesenheitsgelder hin. Schwerlich wird sich so bald wieder eine Gelegenheit finden, dieses Kompensationsobjekt in so nutzbringender Weise zu verwerten wie jetzt, wo es sich darum handelt, eine Vorlage flott zu machen, die dem deutschen Volk über die wirtschaftliche Krisis hinweghelfen soll. Wir haben auf die Kompromißparteien eingeredet, wie auf ein krankes Pferd, sie möchten doch den Mut finden, vernünftig zu handeln."

So hat bisher noch kein deutsches Blatt über die Totalität des Reichstags zu urteilen gewagt, so harte Urteile auch je nach der Parteistellung über den einen oder anderen Teil schon gefällt sein mögen!

Reizend ist zunächst der Vergleich mit einem kranken Pferde; warum dann übrigens nicht gleich mit einem räudigen Hunde? Dann würde wenigstens auch das Gleichnis mit dem hingeworfenen Brocken passender sein.

Schlimmer wie dieser rüpelhafte Stallton ist schon der schmutzige Schachergeist, der die wenigen Zeilen durchweht; auch das mag noch passieren, denn nach Bismarck soll ja schon die Politik im allgemeinen den Charakter verderben, um wie viel wohl mehr erst die Politik der Kölnischen Zeitung? Geradezu empörend aber ist es, wie das Verlangen der Reichstagsmehrheit nach Diäten behandelt wird. Mit dürren Worten wird hier für den „hingeworfenen Brocken der Diäten" ein Gesinnungswechsel gefordert. Ge-

sinnungswechsel stehen einstweilen denn doch noch sehr verschieden im Preise und der Tarif der K. Z. hat — Gottlob! — bisher nur sehr vereinzelt Giltigkeit.

Rothschild soll einmal gesagt haben: „Mein Geld ist meine Ehre“; die K. Z. scheint diesen Grundsatz aber noch etwas erweitert zu haben und die Behauptung aufstellen zu wollen: Wer kein Geld hat, hat auch keine Ehre. Denn mit welch' souveräner Verachtung spricht nicht die K. Z. von diesen mittellosen, hungrigen Volkstribunen, diesem verfluchten Tagelöhnerpack, das noch nicht einmal in der Lage ist, für die eigene Person den Aufenthalt in Berlin zu bestreiten, während doch die K. Z. in allen Hauptstädten Europas förmliche Gesandtschaften unterhält! Als wie selbstverständlich erwartet sie, daß diese armen Schlucker nach dem hingeworfenen Brocken der Diäten wie ausgehungerte Bestien gierig schnappen, darüber — inklusive Fußtritt — dankend quittieren und ihn dann zu einem für die Vaterlandsfreunde nach dem Schlage der K. Z. brauchbaren Zolltarif verdauen werden.

Was der K. Z. als Ideal vorschwebt, ist sehr klar: Eine lediglich auf die Macht des Geldsacks gestützte Oligarchie, geleitet durch eine nach ihrem Geschmacke zusammengesetze Clique, die dann natürlich das arme Vaterland dem ödesten Materialismus überliefern würde. Alles, was sich ihr auf diesem Wege mit Mut und Kraft gegenüberstellt, wird erbarmungslos niedergeschimpft. Deshalb zunächst ihre maßlose Wut gegen das „habgierige ostelbische Junkertum“. Zwar dürfte die K. Z. noch wissen, daß es s. Z. sehr viel Blut gekostet hat, die Brücken über den Main zu schlagen, und könnte sich daher selbst sagen, daß es doch seine Bedenken habe, mitten im Frieden diejenigen über die Elbe abzubrechen und Deutschland in zwei feindliche Heerlager zu trennen, aber diese „stets nach

Staatshilfe schreienden ostelbischen Junker“ sind auch gar zu bockbeinig. Zunächst stemmten sie sich mit Gewalt gegen die herrlichen Caprivischen Handelsverträge, die nach kaum 7—8jährigem Bestehen — nachdem sich die großen Portemonnaies wieder gründlich vollgesogen hatten — eine derartig haarsträubende Blüte über Deutschland gebracht haben, daß kaum ein Auge mehr trocken bleibt, und jetzt zeigen sie dieselbe Verbohrtheit mit ihren unverschämten Zollforderungen. Und warum das alles? Nur weil sie sich steif und fest den Gedanken in ihre dicken Schädel gesetzt haben, das Erbe, was sie von ihren Vätern erhielten, auch ihren Söhnen zu hinterlassen!! Als ob das erstens nötig wäre, und zweitens, als ob es hierzu keine andern Mittel gebe! Unter den Töchtern des nach dem Schema der K. Z. gebildeten und in der ersten Klasse wählenden Bürgertums giebt es eine ganze Reihe — und die K. Z. hat deren in ihrem Annoncenteile immer eine ganze Anzahl auf Lager —, welche die „wirkliche“ gnädige Frau, also etwa als Rittergutsbesitzers- oder Offiziersgattin der „Titulatur — gnädigen — Frau“, also Frau Dr., Frau Professor 2c. vorziehen. Auf diese Weise kommt dann in die Köpfe der rückständigen Junker wenigstens etwas Kölnische Zeitungs-Bildung. Diejenigen aber, die solche Töchter nicht finden können oder wollen, nun gut, sie mögen ihren Ranzen schnüren und denjenigen Platz machen, die durch eifriges Studium der K. Z. und die hieraus resultierende Intelligenz die nötige pekuniäre Qualifikation zum Rittergutsbesitzer erworben haben.

Deshalb ihr Ingrimm über die „Römlinge“, die nicht nur in wirtschaftlichen Dingen mit den Junkern denselben Strang ziehen, sondern auch noch außerdem von der Vertretung ihrer religiös-konfessionellen Interessen eine Ansicht haben, von der die K. Z. seit Jahrzehnten klar und deutlich gesagt hat, daß sie ihr nicht gefällt.

Deshalb ferner ihr Zorn über diese „marktschreierischen Landbündler“, welche den Bauern über ihre Lage die Augen viel weiter öffnen, als dies einem Bauern nun einmal gut ist und „mit ihrem Demagogentum nicht einmal vor dem Throne halt machen“, vor demselben Throne, den die K. Z. selbst so gerne und so liebevoll schützt, notabene wenn sie nicht gerade „mit der Revision ihrer monarchischen Anschauungen“ beschäftigt ist.

Deshalb ihr Ärger über die roten Sozialdemokraten, welche sich nicht damit begnügen, gegen die Junker Sturm zu laufen, — ein Vergnügen, das man ihnen ja gern lassen würde —, sondern auch den biederen, gebildeten und besitzenden Handelsvertragsmann in dem Genuß seiner Handelsvertrags-Dividenden ärgern und stören und: deshalb schließlich ihr Unbehagen mit den sonst so befreundeten Mitgliedern des „Brotwucher-Zentral-Heul- und Schrei-Vereins“, die mehr verlangen, als angesichts der bösen agrarischen Agitation nun einmal zu erlangen ist.

Erstaunt fragt man sich, hat denn die Kölnische Zeitung während ihres mehr wie hundertjährigen Bestandes wirklich immer in allen wichtigen Fragen in einem solchen Maße das Richtige getroffen, daß sie sich erlauben darf, jede abweichende Ansicht mit diesem unglaublichen Hochmut abzufertigen, ist sie unter Außerachtlassung materieller Vorteile sich selbst immer so treu geblieben, daß sie wagen darf, den ganzen Reichstag, dessen überwiegende Mehrheit eben nicht zum Geldprotzentum gehört und deshalb einen bescheidenen Ersatz der von seinen Mitgliedern aufgewandten Kosten anstrebt, in dieser Weise zu verhöhnen?

Die Antwort mögen sich die Leser nach Durchsicht der folgenden Zitate aus der Kölnischen Zeitung selbst geben.

II.

Französische Periode (1802–1813).

Zum besseren Verständnis der französischen Periode erscheinen hier einige historische Notizen am Platze.

Als Gründungstag der „Kölnischen Zeitung“ kann man den 9. Juni 1802 ansehen, an welchem Tage die Schauberg'sche Druckerei die bis dahin nur bei ihr gedruckte Kölner Zeitung in ihr Eigentum erwarb und fortan Kölnische Zeitung nannte. Drei Jahre später kam die Zeitung durch Heirat mit einem Fräulein Schauberg an Marcus Dumont, den Stammvater der Kölnischen Zeitungs-Dynastie. Während der französischen Periode wurde die Kölnische Zeitung zweimal, 1805 und 1807 zeitweilig und 1809 definitiv, unterdrückt.

Die Kölnische Zeitung liebt es, gelegentlich mit diesen Unterdrückungen zu paradieren und die betreffenden Vorgänge so darzustellen, daß man zwischen den Zeilen hindurchliest, Dumont habe einen besonders stark ausgeprägten deutschen Mannesmut an den Tag gelegt. Nichts ist falscher als dies. In den beiden ersten Fällen handelt es sich um harmlose Notizen, die aber trotzdem den drakonischen Preß-Vorschriften der französischen Behörden widersprachen. Dumont hätte sie sicher nicht gebracht,

wenn er nur die leiseste Ahnung gehabt hätte, daß sie irgend einem Machthaber mißfallen könnten, das beweist nicht nur die de- und wehmütige Art und Weise wie er um Verzeihung bittet und Besserung verspricht, sondern auch die Charakteristik des französischen Maires, der ihn als bescheidenen, gutgesinnten (d. h. servilen) und unbedeutenden jungen Mann von guter Führung schildert, dem man keine wissentliche Frechheit zutrauen könne.

Bei der dritten definitiven Unterdrückung handelte es sich um eine generelle Maßregel; aus dem Umstande, daß Dumont für das Verlags-Verbot eine jährliche Entschädigung von 4000 Frcs. jährlich zuerkannt wurde, darf man wohl schließen, daß er im Bauchrutschen den Rekord erreicht hatte; hatte er doch die ganze Druckerei mit Verlagsrecht u. s. w. vier Jahre vorher für 1400 Thaler gekauft.

Im Übrigen mögen nunmehr die erwähnenswertesten Citate aus dieser Zeit folgen:

Kölnische Zeitung vom 1. Vendemiär des Jahres 10 (23. September 1802).

Impromptu auf den 1. Vendemiär!

„Mit ermatteten Schwingen im staub- und blutvollen Gewande floh es dahin, das neunte Jahr.

Es verlor sich wie der Abendstern unter den nächtlichen Schatten Okzidents versank im Schoße der Ewigkeit.

Schon wartet der Zeitwagen, voll neuer Ereignisse, in der unermeßlichen Halle des Verhängnisses auf die Hand die ihn leiten soll.

Die Zwietracht in tausend mannigfaltigen Farben gekleidet, die Unwissenheit im Prunkmantel, der Fanatismus mit der Verfolgungsgeissel, suchen sich seiner Zügel zu bemächtigen.

Doch was sehe ich? Zwietracht, Unwissenheit, Fanatismus fliehen.

Bote der Gottheit, Hoffnung der Sterblichen, göttlicher Friede, Du steigst vom Himmel, Deiner Heimat herunter, Du ergreifst seine Zügel. Wirklich durchläufst Du in raschem Fluge das azurne Gewölbe, umfassest mit Deinem wohlthätigen Blicke

den ganzen Umfang der Erde, und geusseft in ihren himmlischen Busen eine befruchtende Wolke himmlischen Thaues.

Entgegen jauchzt Dir von den Ufern der Seine, der Themse, der Donau, des Rheines, der Spree, der Newa, des Nils der Menschenfreund und ruft durchströmt von feurigem Entzücken auf:

Heil, Heil ihm, dem edlen großen Manne,
Heil Bonaparten, der Dich, o Göttin, Dich
vom Himmel her zu mir herabgesendet!“

Es sei hier daran erinnert, daß um jene Zeit, Ende 1802, die Napoleon-Verhimmelei im allgemeinen noch keineswegs in dem hier angewandten Maße üblich war, die Kölnische Zeitung darf also für sich in Anspruch nehmen, in dieser Beziehung hier am Rhein bahnbrechend vorangegangen zu sein, ein Verdienst, das sie aber in ihrer außerordentlichen Bescheidenheit niemals betont hat. Ungünstiger leider schneidet das heutige Weltblatt mit seinem ersten Prophezeiungsversuche in großem Stile ab: Napoleon I. als Schützer des Friedens ist wirklich nicht übel! Auch die historische Treue scheint das Weltblatt schon in seinen Kinderschuhen nicht allzu strenge genommen haben, denn daß in den mit „feurigem Entzücken“ ausgestoßenen Heil-Ruf des Ahnherrn der Kölnischen Zeitung an der Newa, der Themse und der Spree in gleicher Weise eingestimmt worden ist, darf füglich bezweifelt werden.

Von der gleichen knechtischen Gesinnung zeugt dann noch folgende Notiz:

Kölnische Zeitung vom 5. Thermidor 11ten Jahres der Republik (24. Juli 1803):

„Held Bonaparte ist hier wie einst im Lager seiner Waffenbrüder zu Hause und wird von seinem Altan herab hier dem vor ihm mit frohestem Stolze auftretenden Soldatenheere den Wonneblick schenken können.“

Die Notiz nimmt Bezug auf einen damals projektierten, aber nicht ausgeführten Besuch Napoleons in Köln; auch hier gilt die Bemerkung von vorhin, daß eine solche

Schweifwedelei weder indirekt nötig, noch zeitgemäß war, bis mindestens 1803 herrschten noch die republikanischen Formen vor; wenn nun die K. Z. in dieser Hinsicht ihrer Zeit vorauseilt, so beweist das, daß in demselben Maße, wie ihr eine wirkliche Urteilskraft über bevorstehende politische Ereignisse abging, ihr Taktsinn für Opportunität entwickelt, mithin die ganze Basis für ihre gesamte spätere Entwicklung schon damals gegeben war. Die späteren byzantinischen Ergüsse aus der Kaiserzeit dürfen ihr billigerweise nicht zur Last gelegt werden.

Interessant immerhin aber ist, welche Bilanz die K. Z. aus dem Zusammenbruche des preußischen Staates in den Unglücksjahren von 1806/7 zieht, es heißt hierüber in der Nr. 128 vom 15. September 1807:

„Seht, wie eine kluge Politik alle Bande zusammenzog, wodurch Staaten mit Frankreich vereint wurden, die sich ihm durch ihr eigenes Interesse näherten! Die Fürsten an den Ufern des Rheins, die während der langwierigen Zwistigkeiten Deutschlands keinen wirksamen Schutz, als jenen von Frankreich, gefunden hatten, verwandelten jene vorübergehenden Verhältnisse in ein dauerhaftes Bündnis; unter sich verbündet, mit Frankreich vereint, ohne von ihm abhängig zu sein, stifteten sie das Reich der Eintracht an einem zu lange mit Blut befleckten Ufer. Ganz Deutschland ist freundlich ergeben oder unterworfen. Sachsen ward von dem drückenden Joche Preußens befreit. Sein vergrößertes und von Frankreich beschütztes Gebiet ist ebenso unverletzbar wie jenes am Rheine.“

Man sieht, die damalige K. Z. hatte von der Lösung des Streites um die Rheingrenze eine wahrhaft urdeutsche Ansicht.

Man wende hier nicht ein, daß in jener traurigen Zeit derartige Ansichten die allgemeinen waren, nein! auch damals war die deutsche Treue nicht ausgestorben; gar mancher brave Kölner und Rheinländer hatte es vorgezogen, der Vaterstadt den Rücken zu drehen, anstatt sich dem Joche der Fremdherrschaft zu beugen, während die K. Z.

Lobeshymnen auf den Eroberer sang. Und in wahrhaft herzbewegender Weise nahmen die Unterthanen Preußens am Niederrhein und Westfalen nach dem Tilsiter Frieden Abschied von ihrem Könige. Aus dieser Adresse seien folgende Worte wiedergegeben:

„An den König Friedrich Wilhelm den Guten!

Das Herz wollte uns brechen, als wir deinen Abschied von uns lasen, und wir können uns heute noch nicht überreden, daß wir aufhören mußten, deine treuen Unterthanen zu sein, wir — die dich doch immer so lieb hatten.

Leib und Leben hätten wir für dich gewagt. Denn zweifle nicht, daß in unsern Adern das Blut der alten Cherusker noch feurig fließt und wir noch stolz darauf sind, Hermann und Wittekind unsere Landsleute zu nennen. Wir hätten das Vaterland gerettet, denn unsere Landleute haben noch Mark in den Knochen und ihre Seelen sind noch nicht angefressen.

Lebe wohl, alter guter König! Gott gebe, daß der Ueberrest deines Landes dich treuere Generale und klügere Minister finden lasse, als die waren, die dich betrübten, ihrem Rate mußtest du zuweilen folgen, denn du bist nicht allwissend, wie der große Geist der Welten.

Können wir aufstehen gegen den eisernen Arm des Notloses? Wir müssen alles mit männlichem Mute geschehen lassen, was zu ändern nicht in unserm Vermögen ist. Gott wird uns nicht verlassen.“

Das waren schöne, goldene Worte, Worte, die dadurch noch an Wert gewannen und fast Thaten gleichkamen, daß sie zu einer Zeit gesprochen wurden, als der neue Herrscher, der „berühmte König Lustik“ bereits sein Amt angetreten hatte.

Und wie urteilt Herr Theodor Marcus Dumont I hierüber? Am 3. Oktober 1807 schreibt er folgendermaßen:

„In öffentlichen Blättern liest man nachstehende Antwort

der niedersächsisch-westfälisch-preußischen Unterthanen auf das Abschiedsschreiben ihres Königs. Die wenngleich in ihrem Mute etwas träumerischen Aeußerungen der bisherigen Anhänglichkeit an den preußischen Monarchen sind darin von dem Ausdruck einer Denkungsart und eines Biedersinnes begleitet, daß eben darum schon die neuen Monarchen sich freuen werden, diese Unterthanen aus der mächtigen Hand Napoleons zu empfangen."

Also träumerisch nennt die K. Z. diese schlichten Worte, dieselbe K. Z., welche die blödsinnige Geschraubtheit nicht hoch genug auf die Spitze treiben konnte, um den fremden Eroberer anzuhimmeln! Natürlich kann mit träumerisch nur der Sinn, nicht aber der Text der Worte gemeint sein, und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, hat die K. Z. in ihrer Weise recht; Treue, Ergebenheit, selbstlose Vaterlandsliebe bringen nichts ein, und verdienen mußte die K. Z. doch, um sich für ihre historische Mission vorzubereiten, deshalb konnte sie sich nicht den Luxus gestatten, sich unnötigen Schwärmereien hinzugeben und hat alle (nach ihrem Urteile) überflüssigen Sentimentalitäten frühzeitig aus ihrem Lexikon gestrichen.

Freilich, die biederen Westfalen u. s. w. haben mit der in dem Schlußsatze ihrer Rede ausgedrückten Hoffnung recht behalten: Gott hat sie nicht verlassen und sie nach einigen harten Prüfungsjahren ihrem Vaterlande wiedergegeben; aber die Kölnische Z. hat Gott erst recht nicht verlassen, denn während den armen Westfalen das Mark aus den Knochen gesogen wurde, um die Mittel für die Kriegszüge Napoleons und die Prassereien seines windbeuteligen Bruders Hieronimus aufzubringen, legte die K. Z. den Grundstein ihrer künftigen Größe, weniger in der Weise, daß sie große Schätze sammelte, als dadurch, daß sie sich ziemlich am längsten durch die französische Zeit hindurchkroch und dadurch in die Lage kam, nach Abzug der Franzosen am ersten und mit dem breitesten Munde wieder an der Öffentlichkeit zu erscheinen.

Freilich mag zur Steuer der historischen Wahrheit hier ausdrücklich bemerkt werden, daß alles, was die K. Z. während der französischen Periode geleistet hat, ihr höchstens zur Hälfte belastet werden kann; Kriecherei und Gesinnungslosigkeit lagen eben im Charakter der Zeit, nur muß ausdrücklich betont werden, daß die K. Z. in dieser Hinsicht um kein Jota besser war, wie alle andern Schwächlinge, niemals hat sie auch nur eine Spur von Rückgrat gezeigt, niemals ist sie imstande gewesen, auch nur die leiseste Probe wirklicher politischer Voraussicht zu geben. Sie ist dahin geschwommen, wohin der Strom sie trieb, und hat ihre Wetterfahne so sorgfältig eingeölt, daß sie sich auch bei dem leisesten Luftzuge unverzüglich drehte. Kurz: In ihrem Embryonalzustande — als welchen man die französische Periode etwa bezeichnen kann — finden wir auch nicht einen einzigen Zug, der ihre spätere Bestimmung als „Leiterin des gebildeten und besitzenden Bürgertums“ oder als „oberste Zensurbehörde der Parlamente und der Staatsbehörden“ oder als „untrügliche Pythia der Weltgeschichte“, was alles zu sein sie sich heute Tag für Tag anmaßt, ahnen läßt, wohl aber in reichem Maße diejenigen Krümmungen, die man frühzeitig machen muß, um ein Häkchen zu werden.

III.

Erste preußische Zeit
(1814—1848).

Die Völkerschlacht bei Leipzig war geschlagen und die Truppen der Verbündeten rückten auf den Rhein zu, die Trümmer des napoleonischen Heeres vor sich her treibend. Unterdessen saß Herr Marcus Dumont in seinem Hause Brückenstraße 8 und verzehrte in aller Seelenruhe seine ihm von Napoleon zugebilligte Rente von 4000 Frcs., für damalige Zeit eine sehr bedeutende Summe. Je mehr der zersprengten französischen Truppen nun durch Köln hindurchfluteten, desto ängstlicher wurde der Wackere um seine Rente besorgt. Als nun gar Anfangs 1814 die Vorhut der Russen vor Deutz erschien, machte er sich schleunigst daran, seine Druckpressen in Ordnung zu bringen.

Am 14. Januar 1814 verließen die letzten französischen Behörden die Stadt, und prompt am 16. erschien wiederum die erste Kölnische Zeitung. Was stand nun in dieser Zeitung? Welche Meinung kam darin zum Ausdruck? Etwa diejenige der Treue gegenüber der bisherigen Herrschaft? Oder das helle Aufjauchzen der Freude, das die Zeitungen des benachbarten bergischen Landes sofort nach Vertreibung der Unterdrücker so schön zum Ausdruck brachten?

wenig, sie hätte sich jedenfalls als siegreiche Verfechterin eines in dem Bezirke ihres Abonnentenstammes populären Gedankens gut dabei gestanden!

Wahrscheinlich, um in diesem Sinne thätig zu sein, schwenkte die K. Z. immer weiter nach rechts und tritt jetzt auch für Maßregeln ein, welche den König zu etwas mehr machten, als zu einem gekrönten und erblichen Präsidenten.

Köln. Zeit. 27. Juli 1848.

„Ferner wollen wir deshalb auch die Bedingungen, ohne welche die Monarchie zum Scheine würde, wir wollen jenes von Unverständigen zum Popanz gemachte absolute Veto und verwandte Verfassungsbestimmungen".

Weiter heißt es dann in dem gleichen Artikel:

„Erhaltung der Monarchie in ihrer Festigkeit und Erringung der Selbstregierung gegen Büreaukratie, Centralisation, Ministerialdespotismus, das muß unser wohlerwogenes Streben sein."

Hier also werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, einerseits bekommt die bei dem damaligen schnellen Wechsel schon so bald unmodern gewordene Demokratie die Wahrheit gesagt, andererseits wird wieder für die beliebte „Dezentralisation" in obigem Sinne Reklame gemacht.

Inzwischen war die Bewegung in eine neue Phase eingetreten, eine Phase, welche der K. Z. Veranlassung zu den furchtbarsten Gliederverrenkungen gab. Ein sehr weit nach links stehender Abgeordneter Stein hatte in der Kammer den famosen Antrag eingebracht, der Kriegsminister solle in einem Erlasse an die Armee verfügen, „daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Konflikte jeglicher Art mit dem Zivil vermeiden, sondern durch Annäherung an die Bürger und die Vereinigung mit denselben zeigen mögen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollen, und daß es denjenigen Offizieren, mit deren politischen Über-

zeugungen dies nicht vereinbar ist, zur Ehrenpflicht gemacht werde, aus der Armee auszuscheiden."

So unsinnig dieser Antrag heute jedermann erscheinen wird, damals war er populär, wurde angenommen und führte zu einer Ministerkrisis. Die brave K. Z. kam nun in die entsetzlichste Verlegenheit; einesteils konnte sie, die sich seit einigen Wochen zur Stütze der Regierung aufgeschwungen hatte und dies, um in ihrem Kampfe für rheinisch-partikularistische Tendenzen das nötige Gewicht zu behalten, dies auch gern geblieben wäre, nicht für den Antrag sein; sie durfte aber auch nicht dagegen sein, um es mit ihren früheren Freunden, den Demokraten, nicht noch weiter zu verderben. Sie bemüht sich daher, in vier ellenlangen Leitartikeln möglichst nichts zu sagen, was durch folgende Sätze belegt werden mag.

Köln. Zeitung vom 13. Septbr. 1848.

„Das Ministerium hat sich selber gestürzt. — es muß fallen!

Die National-Versammlung aber muß auch ihrerseits in sich gehen und sich selber bekennen, — wie sie ihr Mandat fortwährend mit Füßen getreten hat! Auch die Presse mag sich besinnen, ob nicht auch sie oftmals unter dem Namen der Freiheit dem schmählichsten Absolutismus und Despotismus gefröhnt hat".

Wie gut ist es doch, daß, wenn alles wankt, die K. Z. immer noch auf dem Posten ist!

Kölnische Zeitung d. 14. Septbr. 1848.

„Wir müssen bedenken, mit welchem Eifer die Contre-Revolution, einen Grafen Arnim und Bülow-Cummerow an der Spitze, sich überall regt; wie contre-revolutionäre Vereine, als der „Preußen-Verein" und der Verein „für König und Vaterland" das Heer, — Landwehr und Linie — mit ihren Zuschriften bearbeiten, wie die überall im Heer, großentheils von Offizieren umher umherkolportierten, sehr verdächtigen Petitionen: es möge der König den Oberbefehl an den Prinzen von Preußen abtreten mit Unterschriften bedeckt werden zc. zc. . . . . . . Bedenken wir diese Lage, so müssen wir bekennen, daß

das Stein'sche Amendement mindestens seiner allgemeinen Tendenz nach vollkommen gerechtfertigt war."

Dieses war der erste Streich — nach rechts! — doch der zweite — nach links! — folgt sogleich.

Köln. Zeitung d. 16. Septbr. 1848.

„Allein der neue Stein'sche Antrag erhielt eine höchst gefährliche Zweideutigkeit, welche durch die Begründung des Antragstellers und durch die Unterstützung von Behnsch und Waldeck fast aufhörte, nur zweideutig zu sein."

Einige Tage später kamen dann nochmals einige Pendelschwingungen nach rechts und nach links.

Kölnische Zeitung vom 20. September 1848.

„Es ist nicht wahr, — wir müssen das um so ernster betonen, als das abtretende Ministerium sich den Versuch erlaubt hat, der Krone selber wenigstens den Schein einer solchen Behauptung in den Mund zu legen — es ist nicht wahr, daß die Majorität der National-Versammlung gegen das von dem Ministerium vertretene konstitutionelle Prinzip: es könne der Versammlung die „Festsetzung von Verwaltungs-Maßregeln" nicht zustehen, ernstlich widersprochen habe!"

Dann noch, an demselben Tage, gegen Schluß des Artikels:

„Die reactionären Vereine sind nicht so uninteressant, da gilt es denn, die entschiedenste Energie zu bewähren. Es hat sich, und nicht ohne Grund, der Gemüther ein Mißtrauen gegen das Heer bemächtigt; deshalb allerdings ist es die erste Pflicht des Ministeriums, Maßregeln zu ergreifen, die in dieser Hinsicht beruhigen."

Dabei hatte die K. Z. am allerwenigsten Veranlassung, dem Heere zu mißtrauen, denn als einige ihrer früheren Gesinnungsgenossen von dem extremen Flügel, erbost über den Gesinnungswechsel ihrer Wortführerin, in der K. Z. die Fenster einwarfen und mit weiteren Gewaltthätigkeiten drohten, erinnerte sie sich sehr prompt des Militärs, das ihr denn auch natürlich seinen Schutz angedeihen ließ. Aber so ordnungsliebend war die K. Z. nur, wenn ihr eigenes teures Wohl in Frage kam, im übrigen sieht sie

die größte Gefahr für das Vaterland nicht etwa bei gelegentlichen kleinen Aufständen, auch dann nicht, wenn hiermit so schändliche Mordthaten verbunden waren, wie z. B. die an v. Auerswald und den Fürsten v. Lychnowski im September zu Frankfurt a. M. verübten, sondern bei denen, die die Ruhe nötigenfalls auch mit starker Hand gewahrt wissen wollten.

Kölnische Zeitung vom 22. September 1848.

„Die Freunde Lychnowski's und Auerswald's — wir hoffen es, — werden den Trost haben, daß sie nicht ohne Trost für das Vaterland in den drohenden Schlund des Revolutions-Gelüstes hinabgestürzt sind.

Nicht nach Frankfurt und den Nachbarstaaten, nach Berlin blicken wir in diesem Augenblicke mit der meisten Besorgniß! Ja! Preußen steht hart am Abgrunde; nicht die Berliner Linke ist es, die wir in diesem Augenblicke am meisten fürchten; sie hat ihre Kraft nicht aus sich, sie borgt dieselbe von ihren Gegenfüßlern. Nicht die bewußten und unbewußten Republikaner erfüllen uns mit dieser Bangigkeit, die uns jetzt die Brust zusammenpreßt, (arme Kölnische!) sondern die Partei der Ueberköniglichen ist es, die Partei v. Arnim, die Partei des Preußen-Vereins, die Partei des Staatsstreiches und der Contrerevolution."

Bei diesem Wust widerstreitender Gedanken, welche damals „die Brust der K. Z. durchtobte", kann man sich nicht wundern, daß sie gelegentlich auch einmal mit der Sozialdemokratie kokettierte.

Kölnische Zeitung vom 20. September 1848.

„Der Kern der Demokratie ist für's erste eben die sociale Frage.

„Nicht mehr das ist," sagte der Abgeordnete für Köln schon im vorigen Jahre auf dem Vereinigten Landtage, „die höchste Aufgabe und der eigentliche Drang der Zeit, die Staatsgewalt auf viele Köpfe zu vertheilen; eine andere Idee sucht sich zu gebären, sie will die Pflichten ermitteln, welche das Recht des Besitzes auflegt."

Am 25. Oktober liest die K. Z. dem Könige energisch den Text, weil er gewagt hatte, eine Deputation, die ihm

Glückwünsche zu seinem Geburtstage überbrachte, daran zu erinnern, daß es noch ein Königtum von Gottes Gnaden gebe. Wehmütig macht sie ihrem konstitutionell-demokratischem Herzen Luft und ruft klagend aus:

„Also doch sind sie wahr, die wir so gerne für ungenau gehalten hätten, jene Worte des Königs vom 15. Oktober!“

um dann am Schlusse des Artikels ihren Standpunkt folgendermaßen zu präzisieren:

„Wir können nur erklären, daß die „**Obrigkeit** von Gottes Gnaden nur in der **Vereinigung** der höchsten Gewalten unseres konstitutionellen Staates liegt, daß sie **nur** in dieser Vereinigung mit „großer Macht bekleidet ist, und, daß die Treue nicht einseitig gegen eine dieser Staatsgewalten gerichtet sein kann.“

Der Same, der in dieser Weise ausgestreut wurde, ging schnell genug auf, und Anfang November war die Lage soweit gediehen, daß eine Revolution wieder vor der Thüre stand und auch zweifellos ausgebrochen wäre, wenn nicht die im März überrumpelte Regierung zwischenzeitig ihre Entschlossenheit wiedergewonnen hätte. Mit der feinen Witterung, welche die K. Z. insofern auszeichnet, als sie es versteht, für die nächsten Tage bevorstehende Ereignisse durch geeignete Informationen herauszuschnüffeln, hatte sie es fertig gebracht, diesmal die kommenden Dinge ausnahmsweise richtig vorher zu ahnen und zögerte nun natürlich keinen Augenblick, die von oben wehende frische Brise in ihre Segel einzufangen. Sie schreibt:

Kölnische Zeitung vom 10. November 1848.

„Es muß Jedermann wieder zum Bewußsein kommen, daß es in Preußen noch Gesetze giebt, um die Freiheit zu schützen und die Willkür zu zügeln, und daß es zugleich noch eine Regierung dort giebt, das Gesetz aufrecht zu halten — auch mit der Schärfe des Schwertes!“

Schneidige Worte, nicht wahr? Auch das schrofffste und von der K. Z. am meisten beschimpfte Junker-Blatt

hätte den gleichen Gedanken nicht schroffer ausdrücken können. Mittlerweile ging thatsächlich die Regierung — beileibe nicht mit der Schärfe des Schwertes, aber doch mit einiger Energie vor — vertagte die in bandwurmartigen Reden total verkommene Kammer und schickte sie nach Brandenburg. Und wie stellt sich die K. Z. nun zu diesem Vorgehen? Hören wir sie selbst!

Kölnische Zeitung vom 14. November 1848.

„Das Vaterland ist ist in Gefahr!

Der Bruch zwischen der Krone und der Nationalversammlung wird weiter und weiter!

Noch ist er nicht unheilbar!

Noch ist kein Blut geflossen, noch bewegen sich beide Theile auf dem Boden des Gesetzes, — jeder nach seiner Auslegung!

Wer kann diesen Conflikt lösen? Wer kann ihn vermitteln?

Nur die Nation! Nur sie kann zwischen ihren König und die Majestät ihrer Vertreter hintreten als Vermittler — denn jene Mächte sind nur durch sie, und sie ist bestimmt, den Conflikt, wenn nicht anders zu lösen, blutig auszukämpfen!

Wer aber kann die Nation vertreten gegenüber der Krone und der Versammlung?

Die Reichsgewalt kann und muß es!

Das war eine ganz andere Musik, wie diejenige vom 10. November! Fast ist man versucht, anzunehmen, daß die K. Z., als sie vorher mit dem Säbel rasselte, „die Schärfe des Schwertes“ nur gegen derartig verstockte Bösewichter angewandt wissen wollte, die bei ihr die Fensterscheiben einwarfen, nicht aber auch gegen harmlose Volksredner, die „die Freiheit schützen“ wollten und bei dieser Gelegenheit einige hundert Menschen auf die Barrikaden und in den Tod redeten.

Niedlich ist ferner, daß die K. Z. den Volksvertretern das Prädikat Majestät beilegt, dies aber beim Könige als überflüssig fortläßt.

Am schönsten ist dann aber wieder der Vorschlag zur Lösung der schwebenden Schwierigkeiten. Gewiß! In

Preußen war die Lage schwierig und verworren, aber in dem nur geographisch existierenden Reiche war sie jedenfalls noch viel schwieriger und verworrener, die ganze Weisheit der K. Z. lief also etwa darauf hinaus, daß der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben werden müsse! Geradezu großartig sind die Krümmungen der K. Z. in den nächsten Tagen, man wußte noch nicht, wer in dem schwebenden Konflikte siegen würde, deshalb wollte sie es mit keinem von beiden Teilen verderben. Mochte kommen was wollte, die K. Z. hatte auf jeden Fall Recht gehabt und konnte hierfür aus ihren schockweisen Prophezeiungen zahlreiche Beläge vorzeigen.

Immerhin gravitierte sie etwas nach links.

K. Z. v. 18. November 1848.

„Die Mehrheit der Nation hat bis jetzt darauf vertraut, daß Königthum und Freiheit im Staate vereinbar sind, daß zwischen der konstitutionellen Monarchie und der Republik ein wesentlicher Unterschied nicht besteht, daß der gewaltsame Fortschritt zur letzteren ein nutzloses Unglück für Deutschland wäre."

In demselben Artikel heißt es dann etwas weiter nach unten:

„Sie (die Krone) glaubt jetzt Berlin und die Opposition besiegt zu haben; aber noch ein solcher Sieg und sie ist verloren.

Die Krone der Hohenzollern rollt am Abgrunde.

Köln. Zeit. 5. Januar 1849.

„Selige Tage aber, jene Tage des März! Wie schwelgten wir da in der reinsten Begeisterung für unsere Ideale!"

Aber diese Schwärmerei verging der K. Z. um so gründlicher, je mehr sie einsah, daß die Regierung zu größerer Festigkeit entschlossen sei, und sie entschließt sich, sehr weit nach rechts zu rücken.

Köln. Zeit. v. 10. Januar 1849.

„Was ist es, was wir von dem nächsten preußischen Land-

tage zu verlangen haben? Die Antwort möchte kaum zweifelhaft erscheinen können. Die Aufgabe des nächsten Landtages ist: Die Revolution mittels ganz entschiedener Festlegung des neuen Rechtsbodens und mittels kraftvoller Auffassung der demokratisch-ökonomischen Reform definitiv abzuschließen.

Die Revolution hat, nachdem die aufgelöste Nationalversammlung sich unfähig bewiesen, dieselbe mittels klarer Festlegung ihrer Errungenschaften wirklich zu vollenden, endlich durch eine „rettende That" der Krone, durch die Verfassungsurkunde vom 5. Dezbr. v. Js. ihren vorläufigen Abschluß erreicht. Die Krone war genöthigt, die National-Versammlung aufzulösen und eine Verfassungs-Urkunde vorläufig zu octroyiren. Daß die Krone mit der alten National-Versammlung keine weiteren Versuche mehr machen konnte, darüber kann kein verständiger Mensch im Zweifel sein."

Nun vergleiche man mit diesen vernünftigen Worten einmal die Ausführungen vom 18. Nov. 1848! Was damals ein Pyrrhussieg war, der die Krone der Hohenzollern dem Abgrunde entgegenrollte, ist jetzt eine „rettende That". Le succès fait l'estime — namentlich bei der K. Z. Die zunehmende Neigung nach geordneten Verhältnissen treibt nun vorläufig die K. Z. immer weiter nach rechts; am 25. Februar 1849 ist sie hierbei schon so weit gekommen, für ein konservativ-liberales Programm Stimmung zu machen, namentlich hält sie es auch für angebracht, den allenthalben wiedererwachenden monarchischen und dynastischen Gefühlen ihre Reverenz zu erweisen, indem sie an dem betreffenden Tage in ihrer Nr. 48 folgendes schreibt:

„Preußens historischer Ruhm und die wunderbar rasche und sichere Entfaltung seiner Macht ist das Werk seiner Könige, die unter allen Fürsten Europas am frühesten dem Gedanken der neuen Zeit, dem Gedanken des absoluten Gemeinwohls und der humanen Gleichberechtigung sich hingaben."

Wie „wunderbar rasch" war doch die Krone der Hohenzollern vom 18. November 1848 bis zum 25. Februar 1849 vom Abgrunde wieder den Berg hinaufgerollt!

Aber lange hielt auch diese Gesinnung nicht vor und schlug wieder in das Gegenteil um, als Friedrich Wilhelm IV. die ihm angebotene Kaiserkrone aus bekannten Gründen ausschlug. In dem früheren Tone aus den Märztagen 1848 zu schimpfen getraute sie sich nicht recht, aber von der Weisheit des Königs und der Regierung will sie nichts wissen und ruft deshalb am 29. April 1849 klagend aus:

„Der Himmel schütze das Vaterland durch die Besonnenheit und den Muth seiner Bürger, da die Regierung es verläßt."

Grau in Grau malt sich jetzt vor dem geistigen Auge der K. Z. die Zukunft des Vaterlandes ab, namentlich nach der abermaligen Kammer-Auflösung, und sie kündigt deshalb dem Preußentume — im Gegensatz zu dem bekannten Volksliede — zwar nicht die Treue, wohl aber die Liebe, indem sie am 2. Mai 1849 folgendes schreibt:

„Unsere Liebe ist mit Recht von nun an ausschließlich bei Frankfurt, unser Gehorsam in den strengen Grenzen des Gesetzes muß darunter nirgends leiden."

Charakteristisch für die blöde Verständnislosigkeit, mit welcher die K. Z. — allerdings viele mit ihr — der weiteren Entwickelung gegenüberstanden, ist folgender Passus:

Köln. Zeitung 9. Mai 1849.

„Die ministerelle „Deutsche Reform" spricht freilich heute mit angestrengter Kühnheit, in alt-fritzischem Style. „Wenn" — sagt sie, — die National-Versammlung fortfährt, statt laut ihre Mißbilligung über die Acte offenen Aufruhrs auszusprechen, durch ihre Beschlüsse zu ähnlichen Thaten zu provociren, also die rohe Gewalt heraufbeschwört, wo sie die Anerkennung des Gesetzes schaffen will, so wird sie sich nicht wundern dürfen, wenn die Könige in Deutschland, auch ihrerseits der Macht vertrauend, mit der Schärfe des Schwertes die Antwort geben, nachdem der Versuch der Verständigung hartnäckig ausgeschlagen worden ist. Dann wird der preußischen Regierung die Aufgabe zufallen, durch Rettung des monarchischen **Princips** mit der Kraft des Schwertes zugleich ganz Deutschland vor dem Re-

publikanismus zu bewahren, zu welcher die Halsstarrigkeit und die **Verblendung** der Paulskirche das Vaterland zu führen im Begriffe **steht.** Dann wird **Preußen** aber auch das Recht erwerben, mit der **Kraft** des **Schwertes** die Bedingungen vorzuschreiben, unter welchen eine gemeinsame Verfassung für Deutschland noch zu Stande kommen soll."

Man sieht, mit welcher fast absoluten Genauigkeit die „Deutsche Reform" die thatsächliche spätere Entwickelung hier vorausgesagt hat, wie hochnasig aber auch die superklupe K. Z. diese Ansicht mit einigen faulen Witzen abfertigt und es vorzieht, ihrerseits behaglich in dem breiten und abonnentenreichen Strom der Alltagsmeinung umherzuschwimmen. Und diese Alltagsmeinung wurde in den Rheinlanden in jenen Maitagen nach der Ablohnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. immer republikanischer, für Preußen und namentlich auch die Hohenzollern immer ungünstiger, wenigstens insofern, als die Unzufriedenen ihren Unwillen durch möglichst großes Geschrei kund gaben, während die vielen Verständigen sich zurückhielten, — und deshalb hatte die K. Z. natürlich keine Zeit zu versäumen, ihre eigene Ueberzeugung mit der sogenannten vox populi in Einklang zu bringen.

Köln. Zeitung vom 13. Mai 1849.

„Preußen und selbst seine royalistischen Theile sind mit Gewalt zu der Erkenntniß hingestoßen worden, **daß das Interesse Preußens und Hohenzollerns in den größten Lebensfragen aufgehört hat identisch zu sein.**"

Ob die K. Z. schon eine Dynastie in petto hatte, sagt sie leider nicht, es scheint aber kaum, da es nach dem nachstehenden Schlußsatz obigen Artikels fast den Eindruck macht, als ob sie sich wieder dem Republikanismus zugewandt habe; sie sagt:

„Republikanisch oder kosakisch" sagte Napoleon: — eine traurige Alternative; aber ein noch traurigerer Weg, der über einen Abgrund von Bürgerblut zu Einem von Beiden führen wird!

Reizend, aber etwas dunkel ist folgender Satz, den sich die K. Z. in ihrem Leitartikel vom 16. Mai 1849 leistet.

„Die Art, wie man in Berlin das monarchische Prinzip vor Scheinverletzungen schützt — ist ein erbärmliches Mückenseigen, bei dem man Kameele verschlucken muß.“

Inzwischen fielen die Wahlen zu dem neuen Landtage — Mitte 1849 –, die zum erstenmale nach dem Dreiklassensysteme vorgenommen wurden, vollständig in gemäßigtem Sinne aus. Sofort hat die K. Z. nichts schleunigeres zu thun, als sich für das Organ der neuen konservativ-liberalen Mehrheit zu erklären, wobei sie es unter unglaublichen Verrenkungen fertig bekommt, zu beweisen, einerseits, daß dies immer ihr Standpunkt gewesen, andererseits, daß sie sich auch jetzt noch in starker Opposition zur Regierung befände. Letzteres war nötig, um nicht bei ihren rheinisch-westfälischen Lesern allen Kredit zu verlieren.

Direkt rüpelhafte und ungezogene Bemerkungen über den König fielen für die Folge fort, das Schimpfen richtete sich in der Folge gegen das Ministerium Brandenburg-Manteuffel, sowie gegen das Junkertum und die Kreuzzeitung.

Interessant ist, mit Rücksicht auf unsere heutigen Preßverhältnisse, sodann noch die nachfolgende Prophezeiung über die zu erwartende Stellung des Judentums nach der Emanzipation.

Kölnische Zeitung vom 22. Dezember 1849.

„Es bedarf kaum des Zusatzes, daß wir bei dieser Behauptung insbesondere die Juden im Auge haben, welche durch hartnäckige Rechtsverweigerung zur tödtlichen Feindschaft gegen den Staat aufgestachelt waren. Diese Feindschaft, welche über die mächtigsten Waffen des Jahrhunderts, über das Geld und die Feder, beinahe unbeschränkt verfügen konnte, hat dem Staate und der Gesellschaft Wunden beigebracht, welche noch lange nachbluten, zu deren

Heilung aber dieselben Hände, welche sie geschlagen haben, am meisten behülflich sein werden. Denn es ist unzweifelhaft, daß das Judenthum seiner Natur nach durch und durch konservativ ist und, sobald es seinen Schwerpunkt wiedergefunden, seine geschichtlichen Gewohnheiten auch auf seinen gegenwärtigen Antheil am politischen Leben übertragen wird. Mit andern Worten, wenn die Juden im Zustande der politischen Rechtlosigkeit jeder Neuerung Vorschub leisteten, so werden sie nach der Emancipation zu den zähesten Anhängern der bestehenden Zustände werden."

Nun, die Emanzipation besteht jetzt mehr wie ein halbes Jahrhundert, aber zum Träger des konservativen Gedankens hat sich das Judentum weder bisher emporgeschwungen, noch besteht die Aussicht, daß dies im Laufe des nächsten halben Jahrhunderts geschehen werde. Sonderbar, daß jedesmal, wenn die K. Z. bei ihren Prophezeiungen den Ton des delphischen Orakels verläßt und sich bestimmt und klar ausdrückt, das Gegenteil des vorhergesagten eintritt. Ueber die Seichtigkeit des historischen Urteils, das in dem nur in sich konservativen, gegen seine Umgebung aber stets gärenden Judentum den Keim zu einem wahrhaft staatserhaltenden Faktor erblickt, lohnt es nicht, weiter zu sprechen; hervorgehoben verdient aber zu werden, daß eine sicherlich nicht voreingenommene Seite hier ausdrücklich konstatiert, daß das Judentum an der Revolution einen erbitterten und bösartigen Anteil genommen, sich hinterher aber keineswegs bemüht hat, die von ihm geschlagenen Wunden zu heilen.

Gegen Ende des Jahres 1849 wurde es auch dem blödesten Auge klar, daß die Zeit des Revolutionierens vorüber war, dementsprechend war auch fortan für die K. Z. eine andere Taktik geboten, und diese in großen Zügen darzulegen, benutzte sie die Jahreswende 1849/50, indem sie drei große Artikel vom Stapel ließ, die schon alle in dem selbstgefälligen Tone geschrieben sind, den wir noch heute Tag für Tag bewundern können. Von Mücken-

feigen und Kameelschlucken, von Demokratismus und Radikalismus, von rollenden Kronen und Republik war jetzt nicht mehr die Rede, diese Schlagworte hatten ja ihre Schuldigkeit gethan; die Zahl der Abonnenten war von 9000 auf beinahe 18000 gestiegen.

Die am 2. Mai 1849 gekündigte Preußenliebe wird wieder in ihre alten Rechte eingesetzt, desgleichen die am 13. Mai 1849 aufgehobene Interessen-Identizität zwischen Preußen und den Hohenzollern wieder hergestellt und der unzähligemale abgeschworene Glaube an den Stern Preußens wieder in das Programm aufgenommen.

Es wird genügen, wenn zum Belag hierfür aus den drei schon erwähnten Artikeln „Die Bilanz der März-Revolution", ferner „Vorwärts" und „Die Mitte des Jahrhunders" je ein Satz angeführt wird.

Kölnische Zeitung vom 13. Dezember 1849.

„Indem wir Hand an die Aufgabe legen, unsern Lesern den Gewinn und Verlust der März-Revolution klar zu machen, glauben wir von vornherein nicht verschweigen zu dürfen, daß wir von den Ergebnissen der Geschichte der beiden letzten Jahre eine bessere Meinung haben, als Mancher, welcher von der März-Revolution große und übergroße Erwartungen hegte, für deren Fehlschlagen er sich jetzt mit blutiger Selbstironie bestraft."

Kölnische Zeitung vom 1. Januar 1850.

„Wir können an der Schwelle des abermaligen Jahreswechsels immer noch getrosten Muthes hinter uns blicken und dürfen — wenn auch auf etwas veränderter Bahn — abermals mit unverzagtem „Vorwärts" zur weiteren Fahrt uns Glück wünschen."

Kölnische Zeitung vom 2. Januar 1850.

„Fortschritt also überall, und wenn wir mit nichts zufrieden sein wollen, so müssen wir es doch wenigstens damit sein, daß wir in dem festesten deutschen Staate leben, im preußischen, dessen Lebensbedingung der Fortschritt ist. Er kann nicht zurück. Was man den preußischen Ehrgeiz genannt hat, ist nichts weiter als sein Drang nach Weiterentwickelung. Alles, was Preußen für sich erwirbt, kam und kommt Deutschland zu gut. Darum

schaaren wir uns alle fest und treu um sein Banner und seine Losung bleibe für und für die, mit welcher die Preußen einst über die Elbe und über den Rhein drangen: Vorwärts!

Vorwärts.

Loyaler und preußischer kann man nicht gut sein und gründlicher kann man seine Ansichten in so wenigen Monaten nicht revidieren.

Alles in allem genommen, sind für die K. Z. die Jahre 1849/50, die ja auch, wie bereits gesagt, die materielle Grundlage ihrer „Größe“ bilden, ein kleines aber getreues Bild ihrer ganzen Entwickelung. Denn daß schließlich ihre Gesinnnngswechsel, die im allgemeinen durch Wellenlinien — aber mit der Verworrenheit und Unregelmäßigkeit des Jugendstils — darzustellen sein würden, während dieses Zeitraumes graphisch nur in Form einer Fieberskala wiedergegeben werden könnten, ändert schließlich nur die Form, nicht aber die Sache.

V.

Von 1850—1866.

Vom Jahre 1850 ab folgte bekanntlich eine ruhige, teilweise eine etwas zu ruhige Politik. Als erste Marksteine einer solchen können angesehen werden das am 16. Mai 1850 erfolgte Wiedererwachen des Bundestages, der Friede mit Dänemark am 2. Juli und vor allem der Tag von Olmütz, 29. November 1850. Namentlich der letztere Tag wird nach dem bisherigen Stande der Geschichtsschreibung allgemein in einer für Preußen sehr abfälligen Weise beurteilt. Vielleicht wird auch hier das gereifte, abgeklärte und definitive Urteil ein anderes sein.

Das Land war durch die revolutionäre Wühlarbeit von 1848/49 in seinen Grundfesten erschüttert, das Beamtentum vom Geiste der Unbotmäßigkeit angefressen und namentlich die Zuverlässigkeit des Heeres nicht über allen Zweifel erhaben. Am bedenklichsten aber war die Lage in der durch eine große räumliche Entfernung von der Hauptmasse des Staates getrennten Westmark. Eine gewissenlose Presse unter Führung der K. Z. hatte hier eine Art von Preußentreue entstehen lassen, welche die schwersten Bedenken erregen mußte und bei auch nur vorübergehenden militärischen Mißerfolgen einen Abfall befürchten ließ. Es

war deshalb wohl ein Zurückweichen in der äußeren Politik noch lange nicht das unklugste, um wenigstens im Innern Herr zu bleiben und hier die Zügel wieder schärfer anziehen zu können.

Dieses letztere System schloß auch ein schärferes Anziehen der Zügel gegenüber den Ausschreitungen der Presse in sich, eine Maßregel, welcher auch — wohl oder übel — die K. Z. Rechnung tragen mußte. Namentlich der sehr konservative Ausfall der Wahlen vom November 1852 belehrte sie, daß sie für die Folge wieder eine andere Taktik einzuschlagen habe, die sie mit nachstehenden Worten ankündigt:

Kölnische Zeitung vom 21. November 1852.

„Bei der konstitutionellen Linken wird in diesem Augenblicke niemand Elemente zu einer gouvernementalen Mittelpartei suchen wollen. Wie die politische Situation eben ist, werden unsere Freunde sich gern bescheiden, für jetzt keine andere Rolle als die — Sr. Majestät getreuste Opposition übernehmen zu können.

Echter „Kölnische-Zeitungs-Stil"! Erst eine Verbeugung vor dem oppositionellen rheinischen Abonnenten-Publikum, dann eine zwar mit steifem Nacken, deshalb aber nicht minder tiefe Reverenz vor der Krone. Es war doch noch gar nicht lange her, daß die Opposition gegen Se. Majestät in ganz anderer Form betrieben wurde, als in dieser, es war ferner noch gar nicht lange her, daß die K. Z. für die Mittellinie schwärmte; aber die Zeiten hatten sich eben geändert. Schimpfen wurde nicht mehr geduldet, deshalb mußte in anständiger Form opponiert werden, und andererseits war die Stimmung in denjenigen Kreisen, aus denen die K. Z. ihre Kräfte, d. h. ihre Abonnements- und Inseraten-Gelder zog, der Form nach zwar ruhiger, sachlich aber schärfer geworden, deshalb dies neue Programm. Um aber auch den Teil des Publikums, der nun einmal eine kräftige Kost liebte, zufrieden

zu stellen, sah sich die K. Z. nach einem neuen Schimpf-Objekt um, und entdeckte als solches die „Junker“, denen gegenüber man schon kräftige Töne anschlagen konnte, ohne Maßregelungen befürchten zu brauchen.

Kölnische Zeitung vom 14. März 1853.

„Eine erste Kammer soll „conservativ“ sein, aber nicht contrerevolutionär! Eine erste Kammer soll den Gang der Gesetzgebung mäßigen, aber nicht an allen Gesetzen rütteln, und einen unaufhörlichen Strom von Revisions-Anträgen über das Land ergießen! Größere Standesherren, die in ihrer Viril-Stimme ein hohes, ehrenvolles politisches Recht zu conserviren haben, und ökonomisch so gestellt sind, daß dasselbe ihnen nicht um ein Linsenmus unhaltbar gewordener Exemtionen oder geldwerther Gnaden feil zu sein braucht — die können wenigstens conservativ im guten Sinne sein; unsere „gewöhnlichen“ Junker aller können es gar nicht.“

Mehr Unsinn, gleichzeitig aber auch mehr Gesinnungsniedrigkeit, läßt sich in so wenigen Worten schwerlich ausdrücken. Wie verächtlich wird hier dem Kleinadel, der dem preußischen Staate und mit ihm ganz Deutschland unendlich mehr tüchtige Staatsdiener geliefert hat, als der Hochadel und das Kleinfürstentum, welche beide in der deutschen Geschichte recht häufig eine wenig glückliche Rolle gespielt haben, vorgeworfen, daß er „ökonomisch“ nicht so gestellt sei, um überhaupt eine anständig-konservative Gesinnung haben zu können (als ob das mit dem materiellen Wohlstand zusammenhinge); mit wie souveränrer Verachtung spricht der protzige Parvenu, der aus den Dummheiten, die andere Leute in den Jahren 1848/49 begingen, schweres Geld herauszuziehen verstanden hat, von dem „gewöhnlichen“ Junker, und wie feige macht der schmutzige Krämergeist vor dem großen Geldsack des Standesherrn halt! Das letztere könnte übrigens auch noch einen anderen Grund haben, und zwar liefert uns den Schlüssel zu diesem Verhalten ein Satz aus einer Selbst-Beweihräucherungsschrift, welche die Kölnische Z. anläßlich

der ersten Düsseldorfer Ausstellung veröffentlichte. Sie erzählt, daß im Jahre 1854 ein Verfahren wegen Konzessionsentziehung gegen sie geschwebt habe und sagt dann S. S. 46 und 47 wörtlich folgendes:

„Soviel aber wissen wir, daß hochgestellte Freunde der Zeitung all ihren Einfluß aufgeboten hatten, um den drohenden Schlag von uns abzuwenden. Wir heben unter ihnen namentlich eins der Häupter des rheinischen Adels, den Grafen Fürstenberg-Stammheim, hervor, der“ u. s. w.

Also weil die K. Z. zu dem genannten Herrn in einem freundschaftlichen, natürlich sehr sauberen, keineswegs abhängigen und am allerwenigsten reptilienhaften Verhältnisse stand, deshalb mußten die „Standesherren“ den ruppigen, „gewöhnlichen“ Junkern als bevorzugte Menschenklasse feierlich gegenübergestellt werden. Und aus dem gleichen Grunde befürwortete die K. Z. auch — ebenfalls am 14. März 1853 — die jetzige Zusammensetzung des Herrenhauses, trotzdem das ihrer sonstigen Richtung schnurstracks zuwider war und von all ihren Parteifreunden nicht verstanden wurde. Ja, dunkel und unerforschlich sind manchmal die Wege der K. Z., und erst eine späte Nachprüfung bringt ihre edelmüthigen Motive ans Tageslicht.

Neben diesem Schimpfen über das Junkertum lebte die K. Z. in jener Zeit hauptsächlich noch von der Opposition gegen das Ministerium, war hierbei aber immer bedacht, gelegentlich servile Bemerkungen einzustreuen, um ihre frühere antipreußische, antihohenzollersche und quasirepublikanische Vergangenheit möglichst fest zuzudecken.

Kölnische Zeitung vom 5. Januar 1858.

„Se. Majestät ernannte am 23. Oktober 1857 Allerhöchstihren ältesten Bruder, den allverehrten Prinzen von Preußen, auf drei Monate zum königlichen Stellvertreter.“

Dieses mal also wurde das allverehrt nicht mehr, wie am 19. Mai 1848 das „ritterlich“ in Gänsefüßchen gesetzt.

K. Z. v. 29. Januar 1859.

„In den wüsten Tagen, die nun schon ein Jahrzehnt hinter uns liegen, haben wir den Segen eines angestammten Herrscherhauses kennen gelernt."

Am 5. Januar 1849 (vergl. die betreffende Notiz) waren „jene Tage des März" noch selig gewesen, und über den Segen eines angestammten Herrscherhauses hatte die K. Z. damals auch wesentlich anders gedacht; denn in der Notiz 20. September 1848 war nicht das Königtum, sondern die ganze Obrigkeit von „Gottes Gnaden", am 18. November 1848 war zwischen konstitutioneller Monarchie und Republik kein wesentlicher Unterschied, die angestammte Krone war ins Rollen geraten und am 13. Mai 1849 war die Interessengemeinschaft zwischen dem angestammten Herrscherhause und dem Staate in den Spalten der K. Z. in die Brüche gegangen.

Diese Zeiten waren jetzt vorbei und namentlich seit der Regentschaft des alten Kaisers war die K. Z. mit der inneren Politik leidlich zufrieden — zwar nicht lange Zeit, aber einstweilen — und erteilte deshalb der Regierung mehrfach gute Censuren. Ihre Hauptheldentaten verrichtete sie daher in dieser Zeit auf dem Gebiete der äußeren Politik. In ihrer schon erwähnten Autobiographie behehauptet die K. Z. auf S. 52, sie hätte „den Drang der Italiener, sich der erbärmlichen Kleinstaaterei zu erledigen", stets ihre vollste Sympathie entgegen gebracht, wie sehr dies wahr ist, mag die nachfolgende Notiz darthun, die in die Zeit vor dem Ausbruche des italienischen Krieges fällt.

Köln. Zeitung 28. Jan. 1859.

„Sardinien, von dem man schon vor 100 Jahren sagte, seine geographische Lage gestatte ihm nicht, eine ehrliche Politik zu haben, dieser Staat zweiten oder dritten Ranges sieht in der Spannung, die jetzt zwischen Rußland und Frankreich einerseits und Oesterreich andererseits herrscht, eine Gelegenheit, seine vor zehn Jahren vereitelten Eroberungspläne mit besserem Glück wieder

aufzunehmen, und findet einen Rückhalt an Frankreich, dessen ehrgeiziger Herrscher seine Gründe haben muß, auswärtige Händel zu suchen.

Wir wollen diese Gründe hier nicht weiter untersuchen, aber sie mögen wohl einigermaßen in einem deutschen Bauernsprüchworte angedeutet sein: „Wenn es dem Teufel in seiner Hölle zu heiß wird, so kommt er zu uns und macht Gestank.“

So schrieb die Köln. Z. vor dem Erfolge der französisch-italienischen Waffen; für wie ehrlich sie nach diesem Erfolge die sardinische und für wie wohlriechend sie die napoleonische Politik hielt, wird weiter unten dargethan werden.

Inzwischen änderte sich auch die Sachlage im Innern, Friedrich Wilhelm IV. war aus seinem enttäuschungsreichen Leben geschieden, und sein willensstärkerer Bruder, der schon drei Jahre die Zügel der Regierung geführt hatte, bestieg den Thron seiner Väter.

Die schon lange von ihm erkannte Wahrheit, daß ein Staat wie Preußen nur dann im Rate der Völker eine Stimme haben könne, wenn er über ein starkes Heer verfüge, fand im Lande nur an wenigen Stellen, am wenigsten aber in der Kölnischen Zeitung, Verständnis. Sie war denn auch eine der giftigsten Ruferinnen im Streite. Wie das Säuseln vor dem Ausbruch eines Orkans klingt folgende Stelle:

K. Z. 1. Jan. 1862.

„Die peinlichste Verstimmung aber erregte die Haltung der Regierung in Bezug auf die Armee-Organisation.“

Im übrigen soll der Köln. Ztg. ihr Widerstand gegen die Heeresreform nicht allzu stark angerechnet werden, klügere und patriotischere Männer als die Lenker der Köln. Ztg. haben sich damals ebenfalls geirrt. Gemein in hohem Grade war es hingegen, daß die Köln. Ztg. im Januar 1864, als der Krieg mit Dänemark vor der Thüre stand, eifrig dafür Propaganda zu machen begann, daß unter allen

Umständen möglichst der größere Teil bei Dänemark zu bleiben habe. Dem bezüglichen Artikel vom 12. Januar 1864 seien folgende Sätze entnommen:

„Die Teilung Schleswigs nach den Nationalitäten haben wir unausgesetzt als die allein mögliche vernünftige Lösung vertheidigt." Ferner: „Es existiren Sprachenkarten, und nicht etwa dänische, auf welchen die Anzahl der Deutschen bei einer Gesamtbevölkerung von 442,000 auf etwas über 1000 (! ! !) angesetzt ist. Wo da das Deutschtum herkommen soll, ist schwer zu errathen."

Ärger, Mißgunst, Spott und Hohn äußerte die brave Kölnerin, als man anfing, eine spätere Einverleibung der Herzogtümer in den Preußischen Staat zu erörtern. Zunächst wurde diese Frage in der Form behandelt, daß man sich Herzog Friedrich VIII. als erblichen Statthalter unter preußischer Oberhoheit dachte. In Bezug hierauf heißt es:

Köln. Ztg., den 19. Februar 1864.

„Die Errichtung einer Art von Lehnsverhältniß würde in unserer Zeit sehr auffallend sein, und Preußen würde dabei eben so sehr auf den Widerstand Österreichs und so ziemlich der ganzen Welt stoßen, als wenn es die Herzogthümer einfach erobern wollte. Es gab eine Zeit, wo es möglich war, an die Durchführung so großer Pläne zu denken. Jetzt, bei dieser Lage unsrer innern und äußern Politik, ohne Flotte und ohne ein Bündnis mit einer Seemacht, scheinen uns solche „Pläne, falls sie bestehen sollten, abenteuerlich."

Aber diesmal änderte sich die Meinung der Köln. Ztg. schnell und gründlich, vor vollendeten Thatsachen hat sie immer großen Respekt gehabt.

Köln. Ztg., 2. Januar 1865.

„Die feindlichen Kräfte, welche dem allein vernünftigen Ziele, dem Anschluß Schleswig-Holsteins an die norddeutsche Vormacht entgegenstehen, sind durch den seitherigen Verlauf, durch wiederholte moralische Niederlagen im Laufe des Jahres 1864 bereits erheblich geschwächt."

Wenn also, durch die Thatsachen bekehrt, die Köln.

Ztg. hinsichtlich der äußeren Politik insofern vernünftiger geworden war, als sie nicht mehr, wie anfangs, die Neuformation eines Mittelstaates wünschte, sondern für Anschluß an Preußen — freilich mit Ausnahme von mindestens der Hälfte Schleswigs — plädierte, blieb sie hinsichtlich der innern Politik ihrer Gegnerschaft gegen den großen Mann, der dem Deutschtum doch immerhin schon zwei Provinzen gerettet hatte, einstweilen noch vollständig treu. Warum? Weil das der Stimmung im Lande entsprach und weil damit die besten Geschäfte zu machen waren.

Inzwischen rückte, von Kautschuckmännern und Schwachköpfen vom Schlage der Köln. Ztg. natürlich unbemerkt, die Stunde immer näher, in welcher der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland ausgefochten werden mußte. Bei dem scharfen Gegensatz der Meinungen war es für die Köln. Ztg. furchtbar schwer, Herrin der Situation zu bleiben, d. h. ihre Meinung so einzurichten, daß sie in jedem Falle behaupten konnte, Recht gehabt zu haben, um es bei der Ungewißhtit des Ausganges mit keiner von beiden Parteien, weder mit der preußischen noch mit der österreichisch-mittelstaatlich-partikularistischen, zu verderben.

Wie trefflich ihr diese Schlangenmenschen-Produktion gelang, mag das nachfolgende Kapitel schildern.

VI.

Das Jahr 1866.

In ihrer Neujahrsbetrachtung 1866 erteilt die K. Z. der Regierung für ihre Leistungen während des Jahres 1865 hinsichtlich der äußeren Politik das Prädikat „kaum genügend“, hinsichtlich der inneren „miserabel“. Freilich enthält sie sich in dieser Beziehung jeder direkten Schimpferei, und zwar aus dem guten Grunde, weil sie mußte. Sie schreibt:

Kölnische Zeitung vom 2. Januar 1866.

„Ueber den Verlauf der inneren Politik Preußens im Jahre 1865 zu schreiben, wird uns schwer. Während der zwanzig Jahre, daß wir diese Neujahrs-Uebersichten schreiben, war es noch nie so unmöglich, wie jetzt, dabei auch dem ethischen und patriotischen Urtheile, das bei Darlegung der Thatsachen im Gemüthe sich regt, einen Ausdruck zu geben.“

Man sieht, es hat thatsächlich seine Schattenseiten, wenn die Presse zu sehr eingeschränkt wird, wie schön hätte die K. Z. damals wohl geschimpft, wenn sie gedurft hätte, und welch' ein Genuß wäre es wohl, jetzt diese Ausschleimungen nachlesen zu können. So mußten sich die Weltblatts-Aspiranten damit begnügen, von Zeit zu Zeit dem verhaßten Ministerium einen Fußtritt zu

geben, um wenigstens das möglichste zu thun, den einzigen Mann aus dem Wege zu räumen, der Deutschland retten konnte:

Kölnische Zeitung vom 11. Februar 1866.

„Ungleich wirksamer wie jede andere Wendung der preußischen Politik würde diejenige sein, daß in Preußen ein aufrichtig liberales Ministerium an's Ruder käme."

Herrlich zweifellos wäre er geworden, wenn Dumont III dem Könige von Preußen Minister nach seinem — d. h. Dumonts — Geschmack hätte oktroyieren können. Das ging nun aber leider nicht, und so rückte den die Kriegsgefahr immer näher. Entsetzen packte die empfindsame Seele der K. Z. und das Herz fällt ihr in die — pardon — Hosen. Verschwunden war der kühne Wagemut, mit dem sie am 23. März 1848 dem Zaren einst in Aussicht gestellt, sie werde mit dem Fuße aufstampfen und Legionen aus dem Boden springen lassen und ihn dann allerdings trotzdem lediglich mit einem Häuflein unerschrockener Bürger samt seinen Hunderttausenden von asiatischen Sklaven zu Paaren treiben, verstummt war das Kriegsgebrüll vom 26. März 1848 und erloschen ihr schlauer Glaube vom 11. April desselben Jahres, daß so ein Krieg sich leicht aus Ueberschüssen bestreiten lasse. Nein, holder Friede und süße Eintracht war es, wonach das Sinnen und Trachten der K. Z. ging, und diesem Gedanken giebt sie in einem Osterartikel Ausdruck, wobei sie, um die Sache wirksamer zu gestalten, ihre Ansicht mit historischen Gründen belegt. Noch heutzutage ist es ein Genuß, die K. Z. zu lesen, wenn sie sich auf geschichtlichem Boden bewegt, d. h. wenn dies einer ihrer Redakteure selbst thut und nicht irgend ein dummer Kerl ihr für ein paar Groschen einen gediegenen Aufsatz geliefert hat; die Anschaffung eines Geschichte-Buches für die mittleren Gymnasialklassen wäre ihr dringend zu empfehlen. In diesem Falle wählte sie,

um die Unnötigkeit eines Krieges überhaupt zu beweisen, gleichzeitig wohl in der Neben-Absicht, den einstweilen erst unter vorsichtigster Anwendung des dolus eventualissimus geliebten Preußen ein heilsames memento mori in die Ohren zu hauchen und anzudeuten, daß die Sache auch einmal anders kommen könnte, — den siebenjährigen Krieg.

Kölnische Zeitung vom 1. April 1866.

„Wir haben schon einmal auf ein sehr hervorragendes Beispiel hingewiesen, auf den Anfang des siebenjährigen Krieges, der Preußen und Deutschland furchtbar verwüstete, ohne irgend einem der kriegführenden Teile den geringsten Vorteil zu gewähren. Er ward herbeigeführt, weil Friedrich der Große, den Krieg für unvermeidlich haltend, in Sachsen einfiel; aber sein eigener Minister und vertrauter Rathgeber, der mit Vertheidigung dieses Schrittes beauftragt war, nahm in den späten Jahren seines Lebens keinen Anstand, zu erklären, er halte den Einmarsch Friedrichs in Sachsen für einen Fehler. Der Krieg, der Preußen mehr als einmal an den Rand des Abgrundes brachte, hätte wahrscheinlich vermieden werden können.“

Die historische Feststellung, daß der siebenjährige Krieg Preußen keinerlei Vorteile gebracht, ist zwar sehr neu und interessant, soll aber hier nicht angefochten werden. Hingegen ist die weitere Behauptung, der Krieg sei für Preußen unnötig gewesen, doch wohl nur bedingungsweise richtig. Gewiß hätte Maria Theresia Friedrich den Großen im ungestörten Besitze Schlesiens gelassen, gewiß wäre Preußen auch ohnehin in Großmachtsstellung aufgerückt, gewiß hätte es auch so wie so bei der ersten Teilung Polens seinen Anteil erhalten — alles dies aber doch nur unter der Voraussetzung, daß es schon damals eine K. Z. gegeben und diese ihren Rat dem Preußenkönige gratis zur Verfügung gestellt hätte.

Ganz offenkundig spricht sich die Parteinahme für Oesterreich auch in folgenden Worten aus:

Kölnische Zeitung vom 6. April 1866.

„Graf Bismarck hat in seinem Schreiben vom 2. März den Anspruch erhoben, Schleswig Holstein mit Preußen zu vereinigen. Nun hat aber Preußen bekanntlich keinen Anspruch auf ganz Schleswig-Holstein. Es gehört ihm nach dem Wiener Vertrage nur die eine Hälfte, die andere gehört ohne Zweifel Oesterreich. Wenn Preußen sich also in den Besitz der österreichischen Hälfte setzen will, so muß es ihm ein Aequivalent anbieten, und das ist bis jetzt, wie in Wien behauptet wird, nicht geschehen. Wie steht es demnach mit der Rechtsfrage?"

In gleichem Sinne heißt es am folgenden Tage:

„Die Nachrichten der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über eine österreichische Invasions-Armee, die drohend an Preußens Grenze angehäuft sei, ist maßlos übertrieben, ist ein leeres Schreckbild gewesen. Preußen hatte keinen Grund, außerordentliche Maßregeln zur Vertheidigung zu treffen.

Einige allerliebste Sätze kommen in einem Artikel vom 10. April zum Vorschein:

„Die Gottheit zürnt jeder menschlichen Ueberhebung, und diese zürnende Gottheit wird dargestellt als Nemesis mit dem Rade, welches sich dreht, so daß unten kommt, was oben war, und mit dem Zaume, welcher dem ausgelassenen Rosse angelegt wird. Es will uns vorkommen, als ob seit zwei Jahren, seit dem glücklichen Feldzuge gegen Dänemark hier und da in Preußen sich etwas von jenem Geiste des Uebermuthes regte."

Weiter heißt es in dem gleichen Artikel:

„Es ist gewiß keine Schande, einzugestehen, daß das kleine Preußen nicht so mächtig und gewaltig ist, wie das russische Weltreich.

Nanu! Woher war denn der K. Z. auf einmal diese Erleuchtung im Punkte „der asiatischen Barbaren" gekommen? Zum Schlusse des Artikels wird dann nochmals das famose Kompensationsobjekt (Abtretung eines Teils von Schlesien) mit folgenden herrlichen prophetischen Worten erörtert:

„Es versteht sich von selbst, daß Preußen dem Mitbesitzer der Herzogthümer eine demselben genügende Entschädigung bieten

muß. Seit Jahr und Tag sind wir bemüht, die Nothwendigkeit einer solchen Entschädigung darzuthun, weil wahrscheinlich nur auf diese Weise ein furchtbarer Krieg zu vermeiden wäre, der Preußen und Oesterreich und ganz Deutschland verwüsten und erschöpfen und dabei uns wahrscheinlich um alle Früchte des dänischen Krieges bringen würde.

Aber 14 Tage sind in kritischen Zeiten, namentlich bei den Charaktereigenschaften der K. Z., eine lange Zeit, und die Aussichten für den bevorstehenden Kampf wurden zu Preußens Gunsten immer günstiger, weshalb die K. Z. es für angebracht hält, in ihren österreichischen Wein recht viel Wasser zu schütten.

K. Z., 30. April 1866.

„Unser deutsches Herz ist tief betrübt über alle diese unseligen preußischen Verwickelungen, in welche die Kopflosigkeit des österreichischen Ministeriums uns jetzt gestürzt hat. Wir sehen für jetzt keine andere Möglichkeit, schlimme Verwickelungen zu verhüten, als indem Oesterreich seine übereilten Rüstungen an der italienischen Grenze einfach wieder abstellt.

Zwei Tage später erhält Oesterreich zwar wieder eine schlechte Note, aber auch die preußische Regierung wird bei dieser Gelegenheit scharf angefahren.

K. Z., den 2. Mai 1866.

„Preußen kann, will es Oesterreich gewachsen sein, sich nicht auf seine Waffen allein verlassen. Es ist vollständig unmöglich, daß Preußen in einen solchen Krieg eintrete, mit dem ganzen Widerwillen, der auf seinem bisherigen Regierungssystem lastet. Nur mit einem Ministerium Vincke oder wie es sonst heißen mag, kann Preußen in einen solchen gewaltigen Krieg auf Leben und Tod eintreten."

Am 6. Mai pendelt dann die Ansicht der K. Z. wieder vorwiegend auf der preußischen Seite.

„Wir sind Gegner der Politik des Grafen Bismarck in so fern sie schon seit langer Zeit darauf gerichtet schien, den Krieg herbeizuführen. Indessen unter den gegenwärtigen Umständen, wo Oesterreich und Italien mit aller Macht rüsten, kann Preußen nicht anders, als sich für den Krieg bereit machen.

Mochte nun kommen, was wollte, auf jeden Fall konnte die K. Z. nachweisen, daß sie die Zukunft richtig vorhergesagt hatte. Endigte der Krieg mit einer beiderseitigen Erschöpfung, so hatte sie das fortwährend prophezeit, unterlag Preußen, so konnte sie beweisen, daß sie ihm seinen Untergang wegen seiner Kriegsstänkerei klar vor Augen geführt, unterlag Oesterreich, so führte sie mit spielender Leichtigkeit denselben Beweis. Jedenfalls hätte die K. Z. weiter bestanden und fortgefahren, gute Geschäfte zu machen.

Eine Woche später — Napoleon hatte inzwischen eine Kundgebung erlassen, die zu Ungunsten Preußens gedeutet wurde — finden wir unsere Freundin wieder im österreichischen Lager und sehen sie von neuem eifrig Propaganda für das famose Kompensationsprojekt machen.

K. Z. 13. Mai 1866.

„Es schien dies recht und billig zu sein, daß, wenn Preußen die Herzogthümer erwerben wolle, Oesterreich eine genügende Entschädigung erhalte und nicht mit einer bloßen Geldentschädigung abgespeist werde. Seit Jahr und Tag haben wir uns bemüht, für Oesterreich eine solche Territorial-Entschädigung auszumitteln, sei es durch eine Grenzberichtigung in Oberschlesien, sei es durch die Grafschaft Glatz, sei es durch die mit Preußen fast so wenig wie einst Neuenburg im Zusammenhang stehenden Fürstenthümer Hohenzollern."

Das liest sich fast so, als sei Dumont III regierender Graf von Glatz, Fürst von Hohenzollern und souveräner Herzog von Oberschlesien gewesen; man sieht, der anmaßend-süffisante Ton, der jetzt in jeder Zeile der K. Z. zu finden ist, ist schon sehr alten Datums.

Die politische Lage betreffend, wendet sich etwa von Ende Mai ab die K. Z. immer mehr von Oesterreich ab; — die Ratten verlassen das sinkende Schiff!

K. Z., 30. Mai 1866.

„Oesterreich wünscht jetzt den Krieg. Der Gedanke läßt sich

gar nicht abweisen, wenn es einen so tollen Vorschlag macht, es wolle sich für Venetien entschädigen lassen, durch — Schlesien! Solche schlechte Späße erlaubt man sich nur, wenn man schlechter Laune ist, oder den Gegner reizen will.

Daß die K. Z. solche schlechten Späße, wenn auch in kleinerem Umfange, am 13. Mai noch selbst gemacht hatte, scheint sie am 30. Mai nicht mehr gewußt zu haben. In diesem Tone fährt die K. Z. bis zum Kriege fort und der bekannte Verlauf desselben ersparte ihr die Nothwendigkeit, abermals einen Gesinnungswechsel vornehmen zu müssen.

Erheiternd ist es zu lesen, wie die K. Z. ihre frühere niederträchtige Haltung gegenüber der Heeresreform zu motivieren sucht.

K. Z., 6. August 1866.

„Nun nachdem sich das umgebildete Heer so herrlich bewährt hat, ist es wohl angemessen, die Dinge von einem höheren Standpunkte aufzufassen und ein allgemeines Wort zur Versöhnung zu sprechen. Hinterher zeigt es sich, daß der ganze Streit um die Militär-Reorganisation überflüssig gewesen ist, ja auf einem bloßen Mißverständniß beruhte. Hätte die Regierung gesagt oder sagen können: Preußen wird wahrscheinlich bald in den Fall kommen, zu einer besseren Gestaltung der deutschen Dinge einen großen Krieg mit Oesterreich zu führen, — zweifelt jemand daran, daß die preußische Volksvertretung von Anfang an alles mit Freuden bewilligt hätte?"

Das ist eine geradezu ungeheuerliche Unverschämtheit. Zunächst giebt das edle Blatt in dumm-dreister Weise den Anschein, als ob es geglaubt hätte, das Mehr an Soldaten hätte im Winter zum Blumen-Begießen und im Sommer zum Schneeschaufeln verwendet werden sollen, dann thut es ferner so, als ob es nicht bis zum letzten Augenblicke alles darangesetzt hätte, die Kräfte der Regierung für den Krieg lahm zu legen. Summa summarum stellt das ganze Verteidigungssystem der K. Z. so ziemlich den Gipfel naiver Frechheit dar. Ueberhaupt leistete die K. Z. auch jetzt, nachdem sie mit der Regierung überein-

stimmte, an Dreistigkeit das Menschenmögliche, wenn auch in anderer Weise wie bisher, z. B. namentlich in Bezug auf Scharfmacherei; insbesondere wurde stark gegen Sachsen gehetzt.

K. Z., 25. Aug. 1866.

„Der Kronprinz (der spätere König Albert) wird nach wie vor auf den schönsten Tag seines Lebens harren, nämlich denjenigen, wo er an der Spitze seiner siegreichen Truppen in Berlin einzuziehen gedenkt. Die Albertiner werden mit geschwächten Kräften die Politik fortsetzen, die sie seit Jahrhunderten befolgt: Antagonismus gegen Brandenburg."

Der Gedanke, daß ein besiegter deutscher Fürst nach geschlossenem Frieden nun auch die Streitaxt begraben und sein gegebenes Wort ehrlich halten könne, war natürlich für die schäbige Seele der K. Z. unfaßbar. Liebenswürdiger wie gegen die deutschen Fürsten war sie gegen die Dänen, und brannte förmlich vor Begierde, diesen die nördliche Hälfte von Schleswig zurückzugeben.

K. Z., 12. Spetember 1866.

„Die unverschämte Lüge, die von unseren Volksrednern tausendmal wiederholt wurde, daß ganz Schleswig deutsch gesinnt — was sagen wir! — auch deutscher Abstammung und Sprache sei, ist längst in ihr Nichts zerstoben. Wir wissen jetzt, daß in Nordschleswig, von Flensburg an gerechnet nur ein Zehntel, weniger wie ein Zehntel, Deutsche sind."

Hätte die Kölnische Zeitung gewußt, wie wenig diese Stellungnahme den Intentionen des leitenden Staatsmannes entsprach, so hätte sie diese Worte nicht geschrieben, denn von dieser Zeit an sehen wir sie krampfhaft bemüht, mit beiden Augen nach oben zu schielen und nur das zu schreiben, was dort angenehm war. Mit dem größten Eifer suchte sie ihre anrüchige Vergangenheit zuzudecken, wobei sie allerdings mehr Bedienten-Unterwürfigkeit als Schläue an den Tag legte. So z. B. gefiel sie sich Ende 1866 noch in fortwährendem Hetzen gegen die süddeutschen Staaten, Sachsen und die kleineren Bundesfürsten und

verlangte z. B. allen Ernstes, daß nicht nur Luxemburg, sondern auch Holland mit der Provinz Limburg dem norddeutschen Bunde beizutreten hätten. Diese Dummheit hat ihr nichts geschadet, wohl aber fand ihr biereifriges Liebeswerben bald Erhörung.

Der große Bismarck, der schon so manches vollbracht hatte, wußte sehr wohl, daß ihm noch viel zu thun übrig geblieben war. Und hierzu hielt er es für gut, eine gefügige Preßmeute zur Verfügung zu haben. Der erbitterte vierjährige Kampf, welchen er gegen den von einer Legion von Tintenkulis aufgehetzten Unverstand fast des ganzen Landes zu führen gehabt hatte, machte es ihm wünschenswerth, künftige Kämpfe in bequemeren Formen zu führen. Wer möchte das dem großen Manne verdenken?

Daß hierbei sein Blick auf das Blatt fiel, das ihn bis dahin am gemeinsten beschimpft hatte, das sich ihm jetzt am aufdringlichsten anbot, das obendrein die dehnbarste Kautschucknatur hatte und gleichzeitig schon über eine bedeutende Einfluß-Sphäre verfügte, ist natürlich. Die erste offiziöse Erleuchtung scheint der K. Z. in der Luxemburger Frage Anfang 1867 gekommen zu sein. Die allgemeine Stimmung war damals gegen jedes Nachgeben; kühn gemacht durch die Erfolge von 1866, war man zum Kriege geneigt, trotz der unsicheren, wenn nicht feindlichen Stimmung in Süddeutschland. Anders die K. Z., welche am 31. März 1867 folgendes schreibt:

„Wir wissen wohl, daß es viele giebt, die im Siegestaumel glauben, Deutschland brauche nach dem Rechte garnicht mehr zu fragen und das Völkerrecht sei überflüssig geworden, durch das preußische Zündnadelgewehr. Wir sind bemüht gewesen, dem Rechte Deutschlands auf Luxemberg und Limburg die größtmöglichste Ausdehnung zu geben. Indessen die preußische Regierung hat es aufgegeben, die Unauflöslichkeit des alten deutschen Bundes geltend zu machen. Preußen erkannt an, daß der Großherzog von Luxemburg jetzt ein vollständig unabhängiger Souverain sei,

der nicht genöthigt werden könne, dem deutschen Bunde beizutreten."

Das war vernünftig, so einwandfrei vernünftig, wie die K. Z. in ihrem 66jährigen Leben hinsichtlich der Politik noch nie einen einzigen Satz geschrieben hatte. Daß diese Vernunft sich von selbst herangebildet habe, können nur Leute mit ungewöhnlich starken Nerven glauben.

Von jetzt ab war die Köln. Zeit. das, was böse Menschen „offiziös" nennen, was Meyers Konversationslexikon Band 10, Seite 379 in den Worten zusammenfaßt „zugleich spiegelt sie aber die jeweiligen Anschauungen der politischen Zentralbehörden in Berlin wieder", und was sie selbst einst in rührender Bescheidenheit dadurch andeutete, daß sie schrieb: „Bismarck sei lange Zeit ihr geschätztester Mitarbeiter gewesen."

Ihre Lektüre wird jetzt für denjenigen langweilig, der ihre wilden Sprünge bis 1867 verfolgt hat. Ihr Leben vor 1866 verhält sich zu demjenigen nach 1866 wie das Leben einer — sagen wir, um auch nur den Schein einer beabsichtigten Unhöflichkeit zu vermeiden — Balleteuse vor der Heirat, wo sie sich im heißen Drange ihres jungen Blutes jedem zahlungsfähigen Liebhaber in die Arme wirft, zu demjenigen nach der Heirat, wo sie sich im höchsten Falle jährlich zwei oder drei neue Liebhaber gestattet.

Auch noch in anderer Hinsicht bildet das Jahr 1866 in der Geschichte der K. Z. einen Wendepunkt. Zensur, Zeitungsstempel, der Mangel an den erwärmenden Strahlen der Regierungs-Gnadensonne hatten auf die Finanzen der K. Z. einen überaus unerfreulichen Einfluß ausgeübt, da plötzlich, von 1867 ab, schwellen Abonnenten wie Inserate um fast 200% empor. Glückliches edles Organ für das gebildete und besitzende Bürgertum! Wenn andere Leute Dummheiten machen, müssen sie dafür büßen, für die K. Z. aber sind unbestritten die beiden Jahre, in denen sie die

größten Dummheiten gemacht hat, 1848/49, und 1866 die erfolgreichsten gewesen. Den Seinen giebt's der Herr im Schlaf! — man muß nur Glück und ein Rückgrat aus Kautschuck haben.

Abgesehen von den zu den nachfolgenden Spezial-Kapiteln, wie Bismarck, Papst rc. gehörenden Notizen werden für die fernere Zeit nur einige wenige Sätze der Vergessenheit entrissen werden, einesteils weil es dem Verfasser nur um eine historische Skizze, nicht aber um eine Streitschrift zu thun war, anderenteils auch, weil er zu Auseinandersetzungen mit der aktuellen Leitung der K. Z. nicht die mindeste Lust hat; er sieht sich daher ausdrücklich zu der eigentlich überflüssigen Erklärung veranlaßt, daß er mit den aufgestellten Behauptungen p. p. die gegenwärtigen Besitzer, Leiter p. p. der K. Z. in keiner Weise hat treffen wollen.

VII.

Von 1867 bis auf die Gegenwart.

Eine weitere Folge des Jahres 1866 war die Bildung der nationalliberalen Partei. Damit hatte die K. Z. endlich den von ihr lange vergeblich gesuchten Parteianschluß gefunden. Das war eine Partei, so ganz im Sinne ihres ausdehnungs- und wandlungsfähigen Herzens! Wonnig plätscherte sie fortab im nationalliberalen Fahrwasser einher. Die Jahre bis zu dem großen Kriege mit dem westlichen Nachbar geben zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß. Beim Ausbruch des Krieges stimmte sie natürlich in das allgemeine Hurrah mit ein. Jetzt folgten sich die Ereignisse so schnell, daß die K. Z. keine Zeit zum Nachdenken und infolgedessen auch keine Gelegenheit fand, eine Dummheit anzubringen. Endlich, Mitte September, hatte sie diese Gelegenheit aber trotzdem gefunden und wendet sich in einer großen Artikelreihe gegen die — Einverleibung von Metz!

K. Z. 18. September 1870.

„Man sagt, Metz sei ein Ausfallthor von Frankreich gegen Deutschland; nun! so schleife man es und mache dessen Schleifung und Nichtwiederaufbau zur Friedensbedingung. Wie man aber, nachdem man von der Unzulässigkeit einer solchen gewaltigen Gränzfestung gesprochen hat, Metz in eine deutsche Gränzfestung verwandeln will, das ist schwer zu reimen."

„Metz ist eine Stadt, so französisch wie Nancy, und Nancy ist, wie uns Julius v. Wickede von Ort und Stelle berichtete, so französisch wie Paris.“

„In Metz ist seit tausend Jahren französisch gesprochen worden, es war also schon bei der französischen Besitznahme 1552 nach heutigen Begriffen nicht als Eroberung anzusehen.“

„Warum nun wollten wir, als rothes Tuch für alle Franzosen, nicht bloß die eitlen und eroberungssüchtigen, sondern auch die gemäßigten und verständigen, die deutsche Fahne auf der altfranzösischen Stadt Metz aufziehen? Man komme uns nicht mit strategischen Gründen, welche die Mosellinie als sichere Gränze erforderte u. s. w.“

„Denn die Besitznahme eines solchen Gebietstheiles, sei es klein oder groß, ist in jedem Sinne des Wortes eine Eroberung und Eroberungen sind der Fluch des Menschengeschlechtes.“

Schrumm! Das war deutlich. Der Fluch der K. Z. ist nun aber bisher nicht in Erfüllung gegangen, sollte das dicke Ende vielleicht noch nachkommen?

Zwischendurch hetzt dann die K. Z. auch noch einigemale — mitten im Kriege! — die Schleswiger auf, die unbedingt wieder an Dänemark abgetreten werden müßten.

K. Z. 25. Septbr. 1870.

„Wenn dagegen 150,000 Dänen trotz des Nationalitätsprinzipes und trotz eines europäischen Staatsvertrages widerrechtlich zu deutschen Unterthanen gemacht werden, das ist — Gerechtigkeit! Irret Euch nicht, Gott läßt sich nicht spotten.“

Auch in diesem Falle ist es recht schwer, die Stellung der K. Z. nur durch reine Dummheit zu erklären.

Der Gedanke, Metz könne, entgegen den Wünschen der K. Z., dennoch deutsch werden, wird ihr immer unerträglicher, und immer warnender wird ihr widerliches Unkengeschrei.

K. Z. 10. Oktober 1870.

„Metz hat seinen französischen Charakter reiner bewahrt, als Straßburg seinen deutschen und das Wort der Elberfelder Zeitung über Toul und Verdun, daß wir sie nimmermehr verdauen würden, gilt in erhöhtem Maße von Metz.“

Noch zwei Tage vor der Kapitulation von Metz leistet sich die K. Z. folgenden schönen Satz:

K. Z. 25. Oktober 1870.

„Wenn die Proklamation echt ist, die der baierische General v. d. Tann in Orleans angeschlagen haben soll, so wäre danach zu schließen, die unglückliche Idee, auch die altfranzösische Festung Metz als unerläßliche Friedensbedingung zu fordern, im deutschen Hauptquartier bereits aufgegeben.“

Leider ist es unmöglich, dem Leser auch einen Begriff zu geben von der abgrundtiefen Gelehrsamkeit in Bezug auf Geschichte, Bildung der Sprachgrenze, Strategie und Festungsbau, womit die biedere K. Z. ihre Ansicht zu stützen sucht; nun, die Leistung ist ja auch so schon recht nett!

Die Zeit nach dem Kriege wurde bekanntlich durch zwei traurige Kapitel der neueren Geschichte ausgefüllt: Gründungsschwindel und Kulturkampf. Der letztere war nötig, um von dem ersteren die allgemeine Aufmerksamkeit abzulenken. Die leitende Rolle, welche die K. Z. in dieser konfessionellen Hetze gespielt hat, ist bekannt, immerhin mögen aber einige Proben hier mitgeteilt sein.

K. Z. 5. Januar 1872.

„Da diese Unfehlbarkeit rückwirkende Kraft hat, und alles, was ein Papst jemals gelehrt hat, für göttliche Wahrheit gehalten werden muß, so werden dadurch die Ansprüche des Papstes auf Oberhoheit über Kaiser und Könige erneuert und man könnte demnach wieder sagen:

Roma caput mundi
Regit orbis frena rotundi.

Man mag über das zulässige Maß der katholischen Ansprüche denken, wie man will, jedenfalls war es eine rabulistische Sophistik schlimmster Art, aus der Verkündigung des Unfehlbarkeits-Dogma's derartige Schlüsse zu ziehen. Aber dem biederen Spießbürger mußte das Gruseln beigebracht werden. Wenn der vorhergehende Artikel da-

rauf berechnet war, vor dem geistigen Auge des denkfaulen, durch die liberale Phrasendrescherei total verworrenen Pfahlbürgers eine Erneuerung des Canossa-Vorganges entstehen zu lassen, so ließ der nächste die Scheiterhaufen der Inquisition wieder von neuem auflodern.

K. Z., 9. Januar 1873.

„Nach dem Katechismus sind die, welche die Ultramontanen Ketzer und Schismatiker nennen, Christen, die sich weigern, an angebliche Dogmen zu glauben und angeblichen Vorschriften zu gehorchen. Vormals verbrannte man sie nach gräulichen Martern. Heutigen Tags erlaubt das die öffentliche Meinung nicht mehr, zum großen Leidwesen der Anhänger des Syllabus. Dafür aber, immer die gewöhnliche Definition der Ketzer und Schismatiker beibehaltend, findet man einen Ersatz, indem man sie auf andere Weise verbrennt und martert."

Ganz allgemein hat sich jetzt die Meinung durchgerungen, daß der Kulturkampf — vorausgesetzt, daß er überhaupt nötig war — mit unzulänglichen Machtmitteln und unter Anwendung einer verkehrten Taktik geführt wurde. Und daran tragen vorwiegend diejenigen in katholischen Gegenden erscheinenden Zeitungen die Schuld, welche durch ihre wüste Hetze die Regierung über die wahre Stimmung der Bevölkerung täuschten — allen voran die K. Z.! Wie sie eine der lautesten Schreierinnen am Beginn des unglückseligen Kampfes war, so suchte sie auch die gegen Ende der 70er Jahre angebahnte Versöhnung zu hindern.

K. Z. 3. Januar 1881.

„Eine Zeitlang hatte es geschienen, als wenn die Ultramontanen ihre bisherige Praxis, alles zu verunglimpfen, was dem patriotisch gesinnten Volke sowie dessen Regierung und Regenten lieb ist, aufgeben wollten. Indes, vor die erste größere Probe gestellt, vermochten sie ihre wahre Natur nicht zu verleugnen."

Politisch war die K. Z. während des traurigen Dezenniums, in welchem die nationalliberale Partei unbedingt herrschte, natürlich streng liberal und das Schimpfen

über Junker, Feudale, Konservative und Kreuzzeitung gehörte zu ihren liebsten Beschäftigungen; als aber von 1879 ab ein anderer Wind zu wehen begann, hielt auch sie es für geraten, etwas nach rechts zu schwenken.

K. Z. 1. Januar 1880.

„In diesen Zielen werden sich Fürst Bismarck und die konservativ-liberale Partei — wir wählen diesen Namen, um die beiden Parteien zu bezeichnen, welche erhalten wollen, was die liberale Aera geschaffen hat (sic!) — immer wieder begegnen, so oft und erbittert auch einzelne Fragen über Mittel und Wege zur Erreichung dieser Ziele sie von einander scheiden mögen."

Das war die Programm-Erklärung nach der Richtung hin, welche die K. Z. noch heute befolgt, d. h. eigentlich vollständige Programmlosigkeit, welche ihr erlaubt, jeden Streitpunkt im öffentlichen Leben je nach Opportunität so oder so zu behandeln. Jedenfalls hielt sie es für angebracht, ihre Taktik so einzurichten, daß sie dem Fürst-Reichskanzler gefiel. In arge Verlegenheit geriet sie, als dieser unerwartet aus seinen Aemtern schied und sein Nachfolger, Caprivi, ihr nicht sofort „seine Mitarbeiterschaft" anbot. Sie hielt es deshalb für besser, selbst einen zarten Wink zu geben und dem neuen Herrn anzudeuten, daß nicht gerade starres Festhalten am Alten ihre schwache Seite sei und sie ein kleines Techtelmechtel mit dem aktuellen Gebieter einer unrentablen Treue gegen den früheren vorziehe.

K. Z. 2. Januar 1891.

„Es konnte kaum ein Zweifel obwalten, daß Bismarck's erster Nachfolger ein Berufssoldat sein werde. Die getroffene Wahl war die glücklichste, die denkbar war. Generallieutenant v. Caprivi (es zeugt von der Ignoranz und Oberflächlichkeit der K. Z., daß sie noch nicht einmal wußte, daß C. schon seit 3 Jahren General der Infanterie war) hat in den neun Monaten seiner Reichskanzlerschaft sich das Vertrauen des gesamten (!!??) deutschen Volkes und nicht minder das der Staatshäupter und Nationen des gesamten Erdballs zu erwerben gewußt."

Aber das Liebeswerben war umsonst, der sehnsüchtig

erwartete Gnadenwind, welcher die etwas schlaffen Segel der K.-Z.-Barke wieder schwellen sollte, blieb aus, das Urteil über Caprivi wurde bald und gründlich geändert und in Bezug auf die allgemeine Lage schnaubte die K. Z. in ihrem nächsten Neujahrsartikel folgendermaßen darauf los.

K. Z. 1. Januar 1892.

„Nicht wenige unter uns waren von Haus aus republikanische, freiheitstrunkene Idealisten und sind erst durch Bismarck und durch den großen und guten Kaiser innerlich zu Vernunft-Monarchisten umgewandelt worden. Es ist nun eine Erscheinung, die uns nachdenklich und besorglich stimmt, daß manche dieser Männer in den letzten Jahren in aller Stille begonnen haben, ihre politische Grundanschauung an der Hand der jüngsten Erfahrungen einer nachprüfenden Revision zu unterziehen; die Ergebnisse dieses leise fortschreitenden Denkprozesses könnten sich eines Tages in ganz überraschender Weise offenbaren.“

Diese Prachtleistung von ehemaligen „freiheitstrunkenen Republikanern“ und späteren „Vernunft-Monarchisten“, die nun ihre Ansichten „zurück zu revidieren“ im Begriffe stehen, möge den Schluß bilden. Der Anklang an 48 ist unverkennbar.

Es ist bekannt, daß diese Anwandlungen nicht lange dauerten; der Wind pfiff bald wieder aus einer anderen Richtung. Was der K. Z. bei der geraden Soldatennatur des zweiten Kanzlers nicht gelungen war, gelang ihr bei seinen beiden Nachfolgern um so besser; sie wurde wieder in Gnaden aufgenommen und ist jetzt wieder fein heraus, d. h. momentan und nur für ihr Teil. Ob auch zum Wohle des Vaterlandes oder auch nur ihrer eigenen Partei, das ist eine Frage, die im Schlußkapitel mit einigen Worten gestreift werden möge.

VIII.

Bismarck.

„K. Z. 6. April 1848.

„Berlin, den 3. April. Wir haben gestern der Sitzung des Landtags beigewohnt. Die Herren hatten das Bewußtsein ihres Verscheidens. Die Konservativen in der Person der Herren Meding und Bismarck haben mit liebenswürdiger Naivetät angekündigt, sie unterstützten das Ministerium, weil sie nicht anders könnten."

Solche und ähnliche Notizen leistete sich die K. Z. im Laufe der nächsten Jahre noch mehrere, im übrigen kann die Stellung der K. Z. Bismarck gegenüber nicht überraschen, war er doch einer der von ihr so bitter gehaßten Junker, dazu noch ein ganz „gewöhnlicher". Wichtiger ist es, wie sie ihn bei seinem Debut auf der Weltbühne begrüßte.

K. Z. 24. September 1862.

„Herr von Bismarck wird an Stelle des Grafen Bernstorff das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen und, wenn nicht der Form, so doch der Sache nach der leitende Geist sein. Ein Haufen Briefe aus Berlin läßt darüber leider keinen Zweifel mehr."

Aus demselben Artikel sind dann noch folgende Sätze beachtenswert.

„Wir haben ein unbestimmtes Verlangen nach preußischen Großthaten schon dann getadelt, wenn es bei einzelnen phantasiereichen Mitgliedern der liberalen Partei auftrat.

Aber eine Großmachtspolitik unter einem Ministerium Bismarck müssen wir uns noch weit ernstlicher verbitten. Es spekulirt auf die Leichtgläubigkeit, mit der das gutmütige deutsche Volk durch gewisse Schlagwörter: Schleswig-Holstein, deutsche Einheit u. s. w. in Bewegung gesetzt wird; aber es wird sich verrechnen.“

Diesen herrlichen, prophetischen Worten etwas hinzuzusetzen, würde verfehlt sein, es dürfte genügen, sie der Vergessenheit entrissen zu haben.

K. Z., 26. Septbr. 1862.

„Rücksichtslosigkeit mit einer starken Neigung zu großen Plänen, die man wohl als Abenteuerlichkeit bezeichnen darf, scheint Bismarck-Schönhausens Charakter. Er wird, „tout-court“ ohne Budget regieren wollen und sich darauf verlassen, daß er die auswärtige Politik bald so in Gang, resp. in Verwirrung bringen werde, daß daraus die Nothwendigkeit einer Kriegsbereitschaft überflüssig bewiesen werde.“

In diesem liebenswürdigen Tone geht es nun eine ganze Zeit lang fort.

K. Z. 10. Oktober 1862.

Wenn wir schon bei Ernennung des Herrn v. Bismarck-Schönhausen zu Preußens Premier-Minister die stärksten Zweifel an seiner Befähigung für diesen hohen Posten äußerten, so müssen wir nach seinem bisherigen Auftreten sagen, daß unsere Zweifel nur zu sehr gerechtfertigt waren. Vielleicht hat es noch keinen preußischen Minister gegeben, der Preußen weniger gekannt.“

Wer bewundert hier nicht gern und freudig die Geistesschärfe der K. Z., die in den 14 Tagen vom 26. September bis 10. Oktober vollständig genügendes Material zu einem vernichtenden Urteile über Bismarcks Unfähigkeit gewonnen hatte!

Die weiteren Schimpfereien der K. Z. über Bismarck mögen unerörtert bleiben, da es bei der ganzen geistigen Richtung der K. Z. und ihrem flachen Intelligenz-Niveau

nur allzu natürlich ist, daß sie mit in die allgemeine Kerbe schlug; allgemeines Interesse gewinnen ihre Ausschleimungen erst dann wieder, als der Krieg mit Oesterreich vor der Thüre stand.

K. Z. 6. April 1866.

„Es ist eine bekannte Thatsache, daß zu keiner Zeit Preußen in Deutschland so sehr alle Gemüther, und zwar der Regierungen und der Völker gleichmäßig sich entfremdet hat, als unter dem Ministerium Bismarck.

In diesem schändlichen Hetzen gegen den leitenden Staatsmann schwingt sich 10 Tage später die K. Z. sogar zu einigen infamen Witzen empor; dem betreffenden Artikel seien folgende Sätze entnommen:

K. Z. 16. April 1866.

„Graf Bismarck leidet schon seit einigen Tagen am Fuße und die Berliner meinten, das käme davon, weil er zu weit gegangen wäre. Auch erzählen sie sich, als Graf Bismarck bei den Berliner Banquiers angefragt, ob sie wohl zu einer Anlage gegen einen Wechsel von hoher Hand geneigt wären, habe einer der Herren (aber gewiß nicht Herr Bleichröder) geantwort: Ein Wechsel des Ministeriums wäre uns lieber."

Etwas weiter folgt der Satz:

„Seit gestern ist die Hoffnung auf einen solchen Ministerwechsel im Steigen begriffen."

Ferner:

„Wir wußten bereits, daß man in Berlin wissen wollte, (echter Alt-Weiber-Geklatsch-Stil!) der König habe, da es ihm sein Minister-Präsident nachgerade doch zu bunt gemacht, schon vor mehreren Tagen den Herzog von Ujest aufgefordert, den Vorsitz im Ministerium zu übernehmen."

So geht es in ebenso dummem wie frechen Tone eine ganze Spalte fort, bis dann die brave und würdige Dame aus Köln ihrem angstgepreßten Herzen noch in folgendem Schmerzensrufe Luft macht:

„Es ist aber nicht blos das bisherige innere Parteiwesen und die politische Theorie, die durch Herrn v. Bismarck zerrüttet

zu werden droht, sondern auch die auswärtige Politik und ganz Deutschland."

Einen **derartigen** Unsinn hat Dr. Sigl in München niemals geschrieben, und dann waren vor allen Dingen seine Witze besser.

Inzwischen änderte sich die politische Lage etwas. Es wurde klar, daß die erwartete Intervention Frankreichs nicht erfolgen werde, daß die Bundesgenossenschaft Italiens für Preußen sicherer und wertvoller sei, als diejenige der süddeutschen Staaten, sowie der zwei kleinen Königreiche in Norddeutschland zusammengenommen, daß ferner die größeren der Kleinstaaten, wie Mecklenburg, Oldenburg und Sachsen-Weimar zum Anschluß an Preußen geneigt seien, kurz, es schien, als ob die Aussichten Preußens die besseren, auf seiner Seite die größeren Machtmittel seien. Die K. Z. zögerte deshalb keinen Augenblick, ihrem alten Prinzip, ihren eigenen Vorteil obenan zu stellen, treu zu bleiben und langsam ins preußische Lager abzuschwenken und sogar Bismarck einigermaßen zu loben.

K. Z. 29. April 1866.

„Graf Bismarck und seine Kriegspolitik, so meinten wir neulich, kann nur durch große politische Fehler seiner Gegner aus den ihn von allen Seiten umringenden Verlegenheiten befreit werden. Fast möchten wir glauben, daß er, wie der eingeschlossene Hannibal, eine Kriegslist gebraucht und Ochsen mit brennenden Reisigbündeln auf den Hörnern losgelassen habe, die in den feindlichen Reihen Schrecken und Verwirrung verbreiten. Denn Schrecken und Verwirrung scheint jetzt in Wien zu herrschen. Man hat in Wien den Kopf verloren."

Aber schon zwei Tage darauf begeht die K. Z. die geradezu unerhörte Schändlichkeit, Bismarck das Verbrechen zu imputieren: er fange nur deshalb Krieg an, um seinen Sturz zu verhindern.

K. Z. 1. Mai 1866.

„Man kann also sehr wohl annehmen, daß Graf Bismarck nur die Wahl habe zwischen Krieg und Sturz und deshalb den

Krieg mit aller Macht herbeizuführen wünsche, und muß doch sagen, daß augenblicklich Oesterreichs Kopflosigkeit die schlimme Wendung veranlaßt hat."

K. Z. 17. Mai 1866.

„Das ganze deutsche Volk, wie Ein Mann, empfindet die tiefste Abneigung gegen das Ministerium Bismarck."

Das war gelogen, es gab auch damals schon eine garnicht so kleine Anzahl von Männern, die nicht so dumm und vaterlandsliebender waren wie die K. Z., und es hätte noch viel mehr gegeben, wenn diese nicht Tag für Tag die infamsten Hetzereien und Lügen in die Welt hinausgeschrieen hätte. Und diese Hetzereien setzte sie, so sehr sie auch sonst hinsichtlich ihrer Parteinahme zwischen Oesterreich und Preußen von Tag zu Tag hin- und herschwankte, bis zum Ausbruche des Krieges fort. Ihrem Leitartikel vom 7. Juni seien folgende Sätze entnommen:

„Preußen wird jeden Schein der Angriffslust zu vermeiden haben. Wie ungleich leichter würde ihm das unter einem freisinnigen Ministerium sein, als unter dem Ministerium Bismarck, das von aller Welt beschuldigt wird, durch seine rücksichtslose Politik die gegenwärtigen Verwickelungen mit Oesterreich herbeigeführt zu haben."

„Leider eröffnet sich noch nicht die entfernteste Absicht zu einem solchen Ministerwechsel."

So schrieb die K. Z. noch am 7. Juni, im gleichen Sinne auch noch die folgende Woche. Dann brach der Krieg aus. Und nun kommt — hinsichtlich ihrer Stellung zu Bismarck — wieder eine der interessantesten Perioden in dem an interessanten Momenten so reichen Krokodil-Leben der K. Z. Schon die ersten Gefechte waren für Preußen siegreich, dann kam die Entscheidung von Königgrätz, und fast an demselben Tage, in dem neugewählten Landtage, eine wesentliche Stärkung der konservativen Minorität. Schimpfen auf Bismarck erschien deshalb plötzlich nicht mehr als opportun. Erst recht durfte sie ihn aber nicht loben, dazu war er noch zu unpopulär.

Deshalb schwieg die schlaue Kölnerin über B. in sieben Sprachen. Während des ganzen Kriegsmonates Juli ist sein Name keine 10mal auch nur genannt, und dann immer in der gleichgiltigsten Weise. Da plötzlich, nachdem Preußens Waffen- und Bismarcks diplomatische Erfolge auch dem blödesten Auge klar wurden, dämmerte auch in den schafköpfigen Philister-Schädeln der K. Z.-Männer eine Art von Morgenröte der Erkenntnis auf, daß hinsichtlich Bismarcks das Loben fortan rentabler sein werde wie das Schimpfen.

K. Z. 1. Aug. 1866.

„Es sind nicht blos die Leistungen unseres tapferen bewunderungswürdigen Heeres, so hoch wir sie auch anschlagen, denen wir einen solchen ehrenvollen herrlichen Frieden verdanken. Wir müssen es gebührend anerkennen, daß Graf Bismarck, so viel wir sonst uns über ihn zu beklagen hatten, und möglicher Weise, (obgleich wir gern das beste hoffen) wegen der Leitung der innern Angelegenheiten zu klagen haben werden, die auswärtigen Preußens mit ebenso viel Umsicht als Festigkeit und Geschicklichkeit geleitet hat."

Aber diese immer noch bedingte Beloligung genügte bald nicht mehr; innerhalb weniger Wochen stieg der Nimbus des großen Mannes so gewaltig, daß die K. Z. es vorzog, sich ihm rücksichtslos zu unterwerfen. Sie that dies in einer Form, als ob sie nie ein Wässerchen getrübt hätte, in einer Form, die uns zeigt, daß sie schon damals längst verlernt hatte, vor Scham zu erröten.

K. Z. 30. Sept. 1866.

„Es ist nicht der Erfolg, der uns blendet, obgleich ein Staatsmann, der so wie Graf Bismarck suscipere et finire! zu seinem Wahlspruche machen kann, ein günstigeres Vorurtheil erwecken muß, sondern es ist die bewunderungswürdige Weise, wie der vielgeschmähte Mann diesen Erfolg herbeigeführt hat. Er hat unglaublich gearbeitet, hat periodenweise täglich bis 3 oder 5 Uhr Morgens keine Ruhe gefunden, und ist für seine Person gefaßt darauf, was er für Preußen errungen hat, mit seiner Gesundheit, vielleicht mit seinem Leben zu bezahlen. Die Presse,

das Organ der öffentlichen Meinung, hat keine schönere Aufgabe, als unbestechlichen Lob und Tadel mit gerechter Hand zu vertheilen, und wie sie das Kleine und Nichtige bekämpft, so das wahrhaft große Verdienst mit Bereitwilligkeit und Bewunderung anerkennt."

Daß Bismarck viel arbeitete, hätte die K. Z. auch früher erfahren und demgemäß wenigstens in Bezug hierauf „unbestechliches Lob mit gerechter Hand vertheilen" können. Im übrigen ist die Dreistigkeit der Behauptung, es sei nicht der Erfolg gewesen, der die Gesinnungsänderung der K. Z. herbeigeführt habe, so groß, daß man ruhig sagen kann: Unverschämtheit, dein Name ist Kölnische Zeitung!

Je gewaltiger Bismarck's Einfluß und Name wurde, umso tiefer wurden natürlich auch die Verbeugungen der K. Z. Am aufrichtigsten hat sie ihn wohl während des Kulturkampfes gelobt — die bezüglichen Aeußerungen können füglich übergangen werden —, aber auch, als er etwa von 1879 ab langsam anfing, andere Bahnen zu wandeln, hatte sie nichts Schnelleres zu thun, als sich ihm wieder anzubieten.

K. Z. 1. Januar 1880.

„Wie kaum eines seit 1866 trägt das verflossene Jahr die Signatur seines — Bismarcks — Geistes und Namens. Und so groß ist die Macht, so zwingend der Zauber dieses wahrhaft großen Menschen, daß die erbittertsten Feinde ihm stets willig die Hand boten, wo die bisherigen Freunde sie versagten."

So ging es noch eine Zeitlang fort, bis schließlich die K. Z. zu üppig wurde, wodurch Bismarck sich veranlaßt fand, etwa ein Jahr vor seinem Sturze seine Beziehungen zu ihr abzubrechen. In eingeweihten Kreisen ist es kein Geheimnis, daß dies Jahr, sowie die nächsten Jahre nach Bismarck's Sturz, als sie den Anschluß an den neuen Kurs noch nicht gefunden hatte, für die K. Z. kritisch waren und ihr nicht nur an die Nieren, sondern

auch ans Portemonnaie gingen. Das war bitter, aber nicht zu ändern; insbesondere hütete die K. Z. sich sehr wohl, vor Bismarck's Sturz auf diesen zu schimpfen, auch nach seinem Abgange nahm sie vorerst eine abwartende Stellung ein. Immerhin spricht sie schon in ihrem Neujahrsartikel 1891 einen nicht mißzuverstehenden Tadel aus.

K. Z. 2. Januar 1891.

„Das wenig zurückhaltende Benehmen des Fürsten nach seiner Entlassung war vollends dazu angethan, seinen Freunden größere Zurückhaltung aufzuerlegen, als seinen Feinden."

Bald wurde sie deutlicher und ließ sich Mitte 1891 zu dem schmählichen Satze hinreißen, daß

„der Altreichskanzler nörgelnd und polternd hinter dem Reichswagen herlaufe."

Eine ganze Serie von Beschimpfungen gestattete sie sich dann im Sommer 1892, als Fürst Bismarck, gelegentlich der Vermählung seines ältesten Sohnes, die bekannte Triumphreise nach Wien zurücklegte. Es genügt, hiervon die nachfolgende wiederzugeben.

K. Z. 1. Juli 1892.

„Will der Mann (Bismarck), der uns das Erbtheil des großen Toten (d. h: des alten Kaisers) aus der großen Zeit überliefert hat, es selbst zerstören? Will er, daß das deutsche Volk an ihm und an sich selbst irre werde, daß in seinem Gedächtnis und in der Geschichte das Bild des nationalen Helden befleckt und verdunkelt werde durch das Bild des Menschen der haßt, wie wir alle hassen, nur wilder und tiefer, weil er genialer und größer ist, wie wir?"

Daß dann die K. Z., als sie merkte, daß das deutsche Volk quantitativ und namentlich qualitativ überwiegend auf Seiten des Alt-Reichskanzlers stand, zunächst wieder einlenkte und später, nach erfolgter Versöhnung, die hellsten Jubeltöne ausstieß, ist bei ihrem Gesamtcharakter ohne weiteres klar und braucht mit Citaten nicht belegt zu werden.

IX.

Die Polen.

Kölnische Zeitung vom 25. März 1848.

„Der Wille der deutschen Nation hat sich unzweifelhaft für die Wiederherstellung Polens ausgesprochen. Auch Preußen wird einen Theil seiner Brüder polnischen Ursprungs abgeben müssen und wollen, um des großen Zieles willen, ein Zwischenreich zwischen Deutschland und Rußland herzustellen.

Die Bewegung hat schon begonnen. In Posen hat sich ein provisorisches Comitee für die Insurrektion Polens unter stillschweigender Gutheißung der preußischen Behörde gebildet."

Dieser tiefen Weisheit folgt dann gleich am folgenden Tage eine solche von mindestens gleichem Werte.

Kölnische Zeitung vom 26. März 1848.

„Jedermann ist darüber einig, daß die polnische Frage eine Frage von ungeheurer Wichtigkeit ist, und daß die Stunde herandrängt, wo sie gelöst werden muß.

Ein freier mächtiger Staat zwischen Deutschland und den Barbaren ist für die wahrhaft deutschen Interessen von höherem Werthe, als zwei störrige und unzuverlässige Provinzen.

Während so die K. Z. in Preußens schwerster Zeit so schmachvolle Worte schrieb, fanden sich in dem bedrohten Osten selbst Männer, die gottlob ihr Deutschtum höher einschätzten, als die K. Z. Auf einer Volksversammlung in Bromberg hatten die in ihrer Existenz bedrohten Deutschen

folgende Resolution gefaßt: „Niemals kann Deutschland, können Deutsche eine Kränkung seiner Ehre und seiner Rechte dulden. Es ist daher notwendig, daß wir, die deutschen Einwohner dieser Provinz, an denen es zunächst ist, dies feierlichst und ernst erklären, daß wir als Männer auftreten, des deutschen Namens würdig, uns fest aneinander schließen, Mann an Mann, Ort an Ort, und jede Unbill mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln abwehren werden." Die K. Z. teilt diese Vorgänge zwar in ihrer Nummer vom 5. April 1848 mit, fügt aber hinzu, sie habe diese Stimme „mit gerechtem Erstaunen und dem bitteren Gefühle der Enttäuschung vernommen."

Trotz dieser Enttäuschung hält es die K. Z. aber für angemessen, erheblich viel Wasser in ihren polnischen Wein zu gießen, sie will jetzt nicht mehr „zwei störrige und unzuverlässige Provinzen in ihrer Totalität opfern, sondern nur mehr die der Nationalität nach vorwiegend polnischen Landstriche."

Im Kernpunkte bleibt die K. Z. aber noch immer ihrer Ansicht treu, denn sie schreibt folgendermaßen:

Kölnische Zeitung 5. April 1848.

Aus dem Großherzogthume Posen.

„Will man die Freiheit der Polen — und man muß sie wollen —, so überlasse man ihnen die innere Organisation ihrer Verwaltung vollständig; man ziehe die deutschen Beamten zurück, man unterstütze die Polen, wie sie selbst verlangen, in der Rüstung ihres Heeres und schütze sie indessen gegen den nicht unwahrscheinlichen Angriff der Russen."

Wahrhaft herrliche Ratschläge!

Die Frucht dieser traurigen Hetzereien, die natürlich die K. Z. keineswegs allein, wenn auch in hervorragendem Maße betrieb, blieb nicht lange aus, schon 6. April mußte die K. Z. melden:

„In Posen mehrt sich die Verwirrung. Auf der einen Seite rüsten sich die Polen zum Kriege, der Adel an der Spitze,

auf der andern erheben die Deutschen einen immer lauteren Weheruf über die Anmaßungen der polnischen Nationalität."

Je mehr nach den Märztagen die Ruhe wiederhergestellt wurde, desto mehr verflogen die in manchen Köpfen spukenden polnischen Utopien; unsere biedere Freundin hält daher ebenfalls die Zeit für gekommen, langsam, vorerst allerdings noch ganz langsam abzuwimmeln.

Köln. Zeit. 17. April 1848.

„Wir beginnen eine neue große Periode unseres nationalen Lebens, die Polen wollen uns nicht folgen auf diesem Pfade: was ist natürlicher, als daß wir sie ziehen lassen?

Damit ist nicht entfernt gesagt, daß wir geneigt sein könnten, daß Großherzogthum Posen so ohne Weiteres einem bisher nur erst in der Phantasie existirenden Polenreiche zum Geschenk zu machen.

Inzwischen brach in Posen eine wüste Anarchie aus, die niederzuhalten die preußischen Truppen nicht genügten; da nun aber die K. Z. den Zeitpunkt, wo von dem Vaterlande eine mühsam erworbene und kulturell erschlossene Provinz wieder abgetrennt werden sollte, nicht erwarten konnte, kommt sie auf den schlauen Gedanken, die Truppen müßten ganz zurückgezogen werden, wahrscheinlich damit die in den polnischen Distrikten zerstreut lebenden Deutschen um so sicherer niedergemetzelt werden konnten. Sie drückt das folgendermaßen aus.

Kölnische Zeitung d. 9. Mai 1848.

„Die Polen verlangen nach Abtrennung von Deutschland, von Preußen: man sichere sie ihnen entschieden und unzweideutig zu. Man behalte jene Grenzlinie bei, welche Billigkeit im Vereine mit Gerechtigkeit gezogen hat, aber man erkläre auch, daß diese Grenzlinie provisorisch ist und daß die Völker selbst durch ihre Abstimmung Mann für Mann darüber entscheiden werden. Man erkläre, daß die preußischen Truppen sich entfernen, sobald ein polnisches Heer sie ersetzt haben wird.

Recht originell ist in dem gleichen Artikel auch der nachstehende Schlußsatz. Häufig schon sind Kriege geführt

worden, um Provinzen zu erobern, daß aber unter Umständen die Staatsklugheit auch gebieten könne, einen Krieg mit der alleinigen Absicht zu führen, eine Provinz los zu werden, wie nachstehend empfohlen wird — dieser geistreiche Gedanke ist eins der schönsten Juwele, das aus dem Geistesschatze der K. Z. zu rauben wohl niemand versuchen wird.

Kölnische Zeitung d. 9. Mai 1848.

„Wenn aber der Friede in der That nicht mehr möglich ist, wenn nichts anderes mehr in Frage steht, als ob die Schlachtfelder der Zukunft in Deutschland oder in Rußland liegen sollen, so laßt uns den Krieg beginnen, und ungesäumt: er wird das wirksamste Mittel auch zur Lösung der Polenfrage sein."

Während sich so die K. Z. in ihrem Edelmute bemühte, die polnische Frage zu lösen und in ihrer Güte der Regierung das geeignetste, einfachste und sicherste Mittel — bloß einen kleinen Krieg mit Rußland — ohne Honorarforderung am 9. Mai zur Verfügung stellte, hatte die preußische Regierung schon ein anderes Mittel entdeckt.

Sie hatte den General Willisen nach Posen geschickt; dieser hatte die Aufständischen geschlagen und an demselben 9. Mai zur Uebergabe gezwungen; die arme Kölnische war also mit ihrem sehr viel einfacheren Vorschlage leider etwas zu spät gekommen.

Wie die Ratten das sinkende Schiff verlassen, so wandte sich jetzt auch die K. Z. von ihren einstigen Freunden ab und den Italienern zu. Bei dieser Gelegenheit sagt sie von den Polen folgendes:

Kölnische Zeitung d. 3. Juni 1848.

„Man drängt Preußen, Polen frei zu geben, dieses unselige Polen, dessen Befreiung es vielleicht in einen Abgrund schleudert, das vielleicht einst noch die Zeiten preußischer Herrschaft segnet als Zeichen des Friedens und der Ordnung. Aber den Ruf nach Gerechtigkeit des edleren Italer-Volkes überhört man u. s. w.

Das „man drängt" ist großartig, als ob die K. Z.

nicht immer am lautesten mitgeschrieen hätte, im übrigen ist dieser salto mortale vom 9. Mai bis 3. Juni eine respektable Leistung. Doch läßt die K. Z. dieser Absage noch eine viel deutlichere folgen:

Köln. Zeit. 8. Juni 1848.

„Wir gestehen es, wir haben — und wie viele mit uns — einen Augenblick daran gedacht, daß Deutschland den Polen seine Hülfe zur Erhebung gegen Rußland leihen möge. Wir denken nicht mehr daran."

„Einen Augenblick daran gedacht" hat also nur die K. Z., und dabei hatte sie, wie auf den vorhergehenden Blättern nachgewiesen, mindestens vom 23. März bis 9. Mai in der niederträchtigsten Weise fortgesetzt zum Kriege gegen Rußland gehetzt!

Nichtsdestoweniger blieb noch lange Zeit eine gewisse platonische Polenliebe bestehen, die sich in Notizen, wie z. B. der nachstehenden, kundgab.

K. Z. v. 28. Juli 1849.

„Unter den politisch unklaren militärischen Kreisen steht sinnend ein Mann, der General von Radowitz, derselbe Mann, der jetzt noch soeben in einer ausführlichen, dem Könige überreichten Denkschrift mit der ganzen Kraft seines glänzenden Styls und seiner schwerwiegenden Gründe die Ansicht vertreten hat, daß nicht eher wieder dauernde Ruhe für Europa zu erwarten stehe, als bis eine alte Ehrenschuld Preußens getilgt, bis ein selbständiges polnisches Mittelreich wiederhergestellt, und hiermit das über ganz Europa ausgegossene, fort und fort agierende revolutionäre Gift beseitigt wäre."

Auch dem polnischen Aufstande von 1863 stand die K. Z. noch sehr sympathisch gegenüber, so z. B. schreibt sie in ihrer Neujahrsbetrachtung 1864:

K. Z. 4. Januar 1864.

„Die Leiden, der Heldenmuth und die, man möchte sagen: beispiellose Hingebung der unglücklichen polnischen Nation konnten, mit wieviel Fehlern ihr Charakter auch behaftet sein mag, nicht umhin, die Theilnahme der Völker und sogar der Kabinette Europas zu erwecken."

Von hier ab ruht die Polenfrage bis zum Anfang der siebenziger Jahre vollkommen und wurde erst wieder im Anschluß und infolge des Kulturkampfes aufgerollt. Natürlich war es unter diesen Umständen für die K. Z. sehr leicht, anderer Meinung zu sein, wer dachte denn jetzt noch an den von ihr 1848/49 sowie 1863/64 produzierten Blödsinn? Als daher 1886 das Ansiedelungsgesetz erlassen wurde — es war für die K. Z. gerade die Zeit der Bismarck'schen Hochkonjunktur —, war sie eine der lautesten Ruferinnen im Streite. Daß sie dann, als nach dem Sturze Bismarcks die Regierung eine mildere Praxis einführte, die schärfere Tonart beibehielt, ist an und für sich merkwürdig, erklärt sich aber zwanglos daraus, daß man ihr den sonst im offiziösen Bureau placierten Stuhl vor die Thüre gesetzt hatte.

Lediglich der Vollständigkeit halber sei aus dieser Zeit als geeignete Gegenüberstellung zu den früheren Zitaten ebenfalls ein Passus gewählt.

K. Z. 7. Januar 1892.

„Bisher haben die Polen jedes Zugeständnis nur verwertet, um das Deutschtum zurückzudrängen, sie haben sich dadurch nicht veranlaßt gefühlt, ihren nationalen Sonderstandpunkt zu verlassen, und ihre Zukunftshoffnungen aufzugeben, die innerhalb des Verbandes des preußischen Staates und des deutschen Reiches nicht erfüllt werden können."

Diese Ansicht hat bisher vorgehalten und sie wird es auch noch lange thun, da man, ohne Prophet zu sein, doch schon jetzt sagen kann daß Ereignisse, welche der K. Z. einen Gesinnungswechsel in dieser Hinsicht als wünschenswert erscheinen lassen könnten, in absehbarer Zeit nicht eintreten werden.

X.

Papst Pius IX. und der Kirchenstaat.

Kölnische Zeitung v. 16. Dezember 1848.

„Während der grausame Ferdinand von Italien seine Stellung behauptet, ist der große Reformator Italiens, der vor wenigen Monaten noch von seinen Unterthanen angebetete Pius gezwungen, Rom zu verlassen."

Weiter unten heißt es dann:

„Der große Pius brauchte gewiß den Rath Rossis nicht, um" ꝛc. . . .

Und nochmals an anderer Stelle:

„Die Flucht des Papstes trägt ganz den Charakter seiner großen Seele."

Kölnische Zeitung v. 25. Dezember 1848.

„Man hat sich bei dieser Gelegenheit überzeugt, daß nicht blos Rom, daß selbst ganz Italien den Papst nicht entbehren kann, und man hat sich daher zu einer Mäßigkeit veranlaßt gesehen, die Niemand von denen erwarten durfte, welche an die Vernichtung der weltlichen Gewalt der Kirche so kühn Hand angelegt hatten."

Köln. Zeitung vom 24. Febr. 1849.

„Während Radetzky mit eiserner Faust die Lombardei niederhält, lebt der unvergeßliche Pius in Verbannung in Gaeta."

Aber nicht nur die Verehrung des „einstweilen" unvergleichlichen Papstes, sondern auch die Unersetzlichkeit

des Kirchenstaates war damals für die K. Z. ein feststehendes Dogma, denn in der gleicher Nummer sagt sie ebenfalls:

„Betrachten wir die Sache auch nur vom politischen Gesichtspunkte, so hat ganz Europa Interesse daran, daß das Oberhaupt der katholischen Kirchenheit wieder zur Unabhängigkeit gelange, daß dem Unfuge in Rom ein Ziel gesetzt werde.

In gleichem Sinne ist die folgende Notiz geschrieben: K. Z. 6. Mai 1849.

„Die schleppenden Verhandlungen über die Zurückführung des Papstes in die alte Hauptstadt der Christenheit, welche dem revolutionären Rom Zeit gelassen haben, der weltlichen Herrschaft der Kirche tiefe Wunden zu schlagen, haben endlich zu einem Resultat geführt."

Von hier ab erteilt die K. Z. dem Papste mehrfach schlechte Zensuren wegen seiner allzu großen Güte, die mit der Staats-Raison nicht zu vereinbaren sei; er selbst aber bleibt nach wie vor „einstweilen" noch verehrungswürdig, insbesondere stellt sie ihn am 3. Juni 1849 den andern Fürsten der Welt als leuchtendes Muster gegenüber indem sie schreibt:

„Und in demselben Augenblicke, wo Deutschland trauert über den schreienden Bruch des Vertrauens, welches das Volk großmüthig noch einmal auf seine Fürsten gesetzt hatte, kommt uns dieses Blatt zu (gemeint ist eine päpstliche Allocution), in welchem der edelste und erhabenste aller Fürsten blutige Thränen weint über den Bruch des Vertrauens, welches er auf sein Volk gesetzt hatte!"

Wenn sich diese dem Papste von der K. Z. gezollte Verehrung auch langsam abschwächt, so blieb sie doch so lange auf seiner Seite stehen, als er die Macht hatte und spricht sich z. B. noch am 21. September 1860 — also fast anderthalb Jahre nach dem Siege der italienisch-französischen Waffen — folgendermaßen aus:

„Der Einmarsch der sardinischen Truppen in den Kirchen-

staat läßt keinerlei formelle Rechtfertigung zu. Die Gründe, welche in der Proklamation und in dem Memorandum der sardinischen Regierung angeführt werden, halten keine ernsthafte Prüfung aus."

Dieser Ansicht bleibt die K. Z. so lange treu, wie ihrer Meinung nach die Aussicht auf Erhaltung des Kirchenstaates die größere Wahrscheinlichkeit für sich hatte; als sich dies Verhältnis aber umgekehrt hatte, hat auch die K. Z. nichts Schnelleres zu thun, als ihre Ansicht zu revidieren und Rom für die natürliche Hauptstadt Italiens zu erklären, wobei Napoleon derb angefahren wird, weil er sich diesem Beginnen widersetzt.

K. Z. 5. Oktober 1862.

„Rom würde das Siegel auf die römische Einheit setzen, und es hat sich hinlänglich gezeigt, daß diese Einheit so wenig den Wünschen Napoleons III., wie den Traditionen der französischen Staatsmänner entspricht.

Wir aber möchten nicht daran zweifeln, daß wenn die Italiener einig bleiben, in dem Wunsche, Einen Staat mit Einer Hauptstadt und zwar der alten Hauptstadt der Welt, zu bilden, sie zu ihrem Ziele gelangen werden."

So war denn auch in dieser Frage der Purzelbaum glücklich geschlagen. Ganz deutlich wurde die ehrliche Kölnerin aber doch erst, als sie der vollendeten Thatsache gegenüberstand und Victor Emanuel seine durch den deutsch-französischen Krieg erlangte Aktionsfreiheit benutzte, um einfach in den Kirchenstaat einzumarschieren.

K. Z. 13. Oktober 1870.

„Das ganze vernünftige Europa fühlt sich erleichtert, wenn wieder einmal eine der schweren Fragen, welche seine Diplomaten in Athem und die Federn seiner Publizisten in unnützer Thätigkeit erhielten, die römische Frage thatsächlich erledigt ist."

Nun, vor zehn Jahren war die K. Z. anderer Meinung, also ihrer jetzigen Ansicht (d. d. 13. X. 1870) nach unvernünftig gewesen; aber immerhin noch besser, einmal unvernünftig gewesen zu sein, als 10 Jahre dieselbe Meinung zu haben!

Die Schimpferei während der Kulturkampfeszeit kann ruhig übergangen werden; es wird genügen, einige Sätze aus dem Nekrolog wiederzugeben, um so die K. Z. von 1848—1860 derjenigen von 1878 umso wirksamer gegenüberzustellen.

K. Z. 8. Februar 1878.

„Daß an dem Katholizismus, namentlich für Deutschland, sich sein „böser Blick“ bewährt habe, wer wollte das nicht eingestehen.“

„Ein Charakter war dieser Papst nicht, auch kein großer Mann, ja nicht einmal eine männliche Natur.“

„Er war von der kleinlichsten Eitelkeit, die in dem Bewußtsein schwelgte, daß er mehr Marmortafeln mit seinem Namen in Rom zählte, als hundert seiner Vorgänger.“

Gründlicher kann man seine Ansicht wohl nicht ändern.



XI.

Napoleon III.

Beilage zur Köln. Zeit. vom 20. Juni 1848.

„So einen Teufelskerl von Prätendenten wie Louis Napoleon hat die Welt noch nicht gesehen. Er läßt sich herab ein bloßer Volksvertreter zu sein und dankt mit freundlicher Anmuth den Wählern für die ihm übertragene republikanische Würde."

In diesem Tone geht es weiter, der Artikel schließt mit den Worten: So viel über die Posse, welche seit acht Tagen Paris in Aufregung hält. In diesem spöttelnden Tone begrüßt die K. Z. den ihr einstweilen noch aussichtslos erscheinenden jungen Prinzen, vor dem sie zur Zeit seines Glanzes so schön katzbuckeln konnte. Einstweilen freilich that sie das noch nicht, sondern stand dem Prätendenten, dem Präsidenten und selbst noch dem Kaiser in seinen ersten Jahren kühl und skeptisch gegenüber, genau der allgemeinen politischen Lage entsprechend. Als aber der Ausgang des Krimkrieges Napoleons Einfluß in ungeahntem Maße gestärkt hatte, versäumte die K. Z. keinen Augenblick, ihr Programm zu ändern und vor dem „Götzen Erfolg" auf die Kniee zu fallen; am 30. März 1856 war der Friede geschlossen worden und am 1. April schreibt sie:

„Die Feder mit welcher der Friede unterzeichnet worden, ist sichtbarlich aus den Schwingen des französischen Adlers gezogen. Napoleon ist ebenbürtig unter die Herrscher-Familien getreten. Das, und nicht eigennützige Eroberungsgelüste, die ihm fälschlich angedichtet wurden, sind seine besonderen Zwecke bei diesem Kriege gewesen."

Die Verbeugungen werden immer tiefer, je mehr Einfluß der Dezembermann auf den Gang der europäischen Politik und namentlich auf die Haltung der Börse, bekanntlich der intimsten Busenfreundin der K. Z., gewinnt.

K. Z. vom 2. Januar 1857.

„In Frankreich feiert das neue Kaiserreich durch den Pariser Frieden, bei dem Napoleon III. als Schiedsrichter Europas auftrat, seinen glänzendsten Triumph.

Den schönsten Ehrentitel aber, den die K. Z. überhaupt zu vergeben hat, verlieh sie Napoleon nach dem verunglückten Orsini'schen Attentat.

K. Z. 16. Januar 1858.

„Im übrigen aber halten wir ihn, um es kurz zu sagen, für einen rechtschaffenen Mann, für eben so rechtschaffen z. B. als wir selbst."

Das war einmal den Nagel auf den Kopf getroffen, denn daß die beiderseitige Ehrlichkeit sich glich, wie ein Ei dem andern, kann füglich nicht bezweifelt werden. Am Schlusse des Artikels heißt es dann noch:

„Danken wir alle Gott, daß „die kaiserlose, die schreckliche Zeit" in Frankreich nicht wiederkehrte."

Nicht lange nachher hatte indes die K. Z. Veranlassung, mit Napoleon zeitweilig unzufrieden zu sein, weil dessen Verhalten in der italienischen Frage in ganz Deuschland im höchsten Grade unpopulär war. Sie zweifelt daher jetzt an seiner Ehrlichkeit sehr stark und liest ihm in ihrem Neujahrsartikel 1861 — dem folgende Sätze entnommen seien — sehr gründlich den Text.

Köln. Zeit. 4. Januar 1861.

„Napoleon beschritt durch jene Forderung (Savoyen und Nizza) die unheilvolle Bahn der Eroberungen.

In ganz Europa erhob sich über jene unverschämte Forderung ein gerechter Schrei der Entrüstung.

Frankreich konnte seinen schnöden Gewinn einziehen, aber es verscherzte dadurch vollends alles Vertrauen in Europa."

Aber diese zweifelhafte Stimmung dauerte nicht lange, und bald schwimmt die K. Z. aus Freude über Napoleons klugen Geist wieder in eitel Wonne:

K. Z. vom 5. Jan. 1864.

„Man kann den diesjährigen Bericht der französischen Regierung nicht durchlesen, ohne dem klugen, umsichtigen und rastlos thätigen Geiste des Kaisers von neuem Anerkennung zu zollen."

Eine wahrhaft herzerquickende Naivetät legt die K. Z. sodann in ihrer Beurtheilung Napoleons während des Krieges mit Oesterreich an den Tag.

K. Z. 1. August 1866.

„Kein Franzose kennt Deutschland besser als Napoleon III. Er begriff, daß die elende Verfassung Deutschlands einer Verbesserung und Vereinfachung bedurfte, und er ist aufgeklärt und hochherzig genug, auf die Befriedigung der wahren Bedürfnisse der Völker zu denken, die nationalen Ideen zu begünstigen."

Ob das wirklich wohl nur reine pure Dummheit war, oder sollte hier nicht eine heimliche illegitime Liebe mitgewirkt haben, die den freigebigen Bräutigam in so hellem Engelsgewande darzustellen versuchte?

Noch schwärmerischer wie in Vorstehendem spricht sich die K. Z. einige Zeit später aus.

K. Z. 8. August 1866.

„Napoleon III. hat sich weise, mäßig und hochherzig gezeigt. Er hat die abnehmende Zahl seiner Feinde in Deutschland tief beschämt, er hat die wachsende Schaar seiner Freunde und Verehrer in Deutschland hoch erfreut durch die von ihm bewiesene völlige Uneigennützigkeit."

Großartig, Napoleon und uneigennützig! Das hat übrigens auch natürlich noch nicht einmal die K. Z. trotz all ihrer Borniertheit geglaubt, da sie ja, wie wir gesehen, im Jahre 1858 ausdrücklich zugegeben hatte, daß

sie wisse, Napoleon sei gerade so ehrlich, wie sie selbst! Also!! Und siehe da! Schon am 12. August 1866 ist die wohlinformierte, charakterstarke K. Z. auch schon selbst anderer Meinung geworden, sie schreibt:

„In Betreff der angeblichen Forderungen Frankreichs wegen Herstellung der Grenzen von 1814 ist hier etwas sicheres nicht bekannt geworden. Daß in Frankreich in zahlreichen Kreisen dieser Wunsch existirt und vom Kaiser auch gebilligt wird, ist nicht in Abrede zu stellen, aber bestimmte Anträge oder Forderungen liegen nicht vor."

Die nächsten Jahre, bis zum Kriege 1870/71, war dann die K. Z. wieder Napoleons liebste Freundin; daß sie bei Ausbruch des Krieges mit in die allgemeinen Verwünschungen einstimmte, ist nur ganz natürlich. Nach dem Sturze kannte sie nur Spott und Hohn, und im Nekrolog sagt sie folgendes:

Köln. Zeit. 10. Januar 1873.

„Am 9. Januar Vormittags um 10 Uhr 45 Minuten, starb auf dem bescheidenen englischen Landsitze zu Chiselhurst in der Verbannung Louis Napoleon Bonaparte, der Neffe des Oheims, der Abenteurer von Straßburg und Boulogne, der Gefangene von Ham, der Mann des Staatsstreiches, der Erwählte von acht Millionen, der Kaiser der Franzosen Napoleon III., der Gefangene von Sedan! Thränen werden nicht viele an seinem Sarge fließen. Louis Napoleon Bonaparte war kein reiner Charakter, kein großer Mensch im edelsten Sinne des Wortes, kein genialer Agitator und Staatsmann!

XII.

Schlußwort.

Nicht Voreingenommenheit oder gar Haß haben bei den vorhergegangenen Ausführungen die Feder geführt, sondern lediglich das aufrichtige Bestreben, einen richtigeren Maßstab für den Wert der in der K. Z. enthaltenen Ausführungen zu finden, als derjenige ist, den die K. Z. selbst anwendet; insbesondere aber sollte dargethan werden, daß den von der K. Z. kundgegebenen Ansichten schon darum jeder Wert abzusprechen ist, weil man nie weiß, ob sie nicht am nächsten Tage von ihr selbst bekämpft werden, ein Umstand, der auch ihre Bundesgenossenschaft zu einer äußerst gefährlichen macht. Wie albern nimmt sich z. B. ihr eingangs erwähnter Leitartikel vom 14. Nov. 1902 aus, wenn wir uns die thatsächliche, inzwischen stattgehabte Entwickelung der von ihr damals besprochenen Dinge vor Augen führen. Der von ihr mit so giftiger Niedertracht beschimpfte Reichstag hat sehr prompt seine Pflicht gethan und hat gezeigt, daß er arbeiten konnte, auch ohne daß man ihm den „Brocken der Anwesenheitsgelder“ hinwarf, mithin wird die Regierung, wenn sie das wollen sollte, später doch noch ein geeigneteres „Kompensationsobjekt“ finden können.

Ueberhaupt ist die K. Z. schon seit geraumer Zeit äußerst schlechter Laune. Gewöhnlich tritt dieser Zustand bei ihr dann ein, wenn der in Meyers Konversationslexikon beschriebene Zustand der „Wiederspiegelung der jeweiligen politischen Ansichten der Centralbehörden in Berlin“ nicht ganz normal ist. Daran hapert es zur Zeit aber keineswegs. Im Gegenteil leuchtet die Regierungsgnadensonne schon seit mehreren Jahren so warm und freundlich in die Redaktionsräume der K. Z. hinein, wie kaum jemals zuvor. Daran liegt es also nicht, das Leiden hat vielmehr einen noch tieferen Grund: Die K. Z. fühlt ihre Hausmacht wanken. Um das ganz zu verstehen, muß man einigermaßen mit Kölner Verhältnissen vertraut sein. In Köln besteht, wie in jeder anderen Stadt, eine offizielle Stadtverwaltung, bestehend aus einem Oberbürgermeister, einer Anzahl von Beigeordneten, einem Stadtverordneten-Kollegium u. s. w., die sogar z. B., wenigstens soweit die oberste Spitze in Betracht kommt, in ungewöhnlich guten Händen ist. Hoch über dieser offiziellen, von der Bürgerschaft gewählten Verwaltung aber schwebt — wie der Geist Gottes über den Wassern — „von Gottes Gnaden und kraft der ihren Geldsäcken entströmenden Stärke“ die nationalliberale „Unger-uns-Partei“. Dieser „Unter-uns-Klub“ ist eine Vereinigung der oberen 300, zwar ohne bestimmte geschriebene Statuten, aber mit desto größerem, durch Gemeinsamkeit der Interessen und der Denkungsweise bedingten innerem Zusammenhang. Das Denken und Empfinden dieser oligarchisch-plutokratischen Clique strahlt in den Spalten der K. Z. aus und hat deshalb weit über Kölns Grenzen hinaus Bedeutung. Immerhin aber kann diese Geldsack-Aristokratie nur dann ihre edlen Pläne durchsetzen, wenn sie einen gefügigen Stadtrat mit sicherer, d. h. nationalliberaler Mehrheit zur Verfügung hat. Und damit be-

ginnt es zu hapern. Bisher beherrschte die „Unger-uns-Partei“ unter der Parole „Vereinigte liberale Parteien“ bei den Stadtratswahlen die erste Wählerklasse absolut, die zweite fast ganz sicher, während sie die dritte Klasse — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — dem Centrum überließ. Da plötzlich, im Jahre 1901, kam die Sache, infolge des inzwischen angenommenen Gesetzes über Reform der Kommunalwahlen, anders, die vereinigten Liberalen erlitten eine Schlappe und im nächsten Jahre bei mehreren Ersatzwahlen eine entscheidende Niederlage. Noch eine solche Niederlage, und die liberale Mehrheit ist zerstört, die Tyrannei der „Unger-uns-Partei“ gebrochen und die Hausmacht der K. Z. gestürzt. Das ist es, was der K. Z. Kopfschmerzen macht! Mit dem feinen Instinkt, den sie in allen Portemonnaie-Angelegenheiten besitzt, hat sie sehr wohl erfaßt, daß die Vernichtung ihrer Hausmacht eine ganz andere Bedeutung für sie hat, wie etwa ein weiterer Rückgang des Nationalliberalismus in den Parlamenten. Schon im Jahre 1879 hatte die K. Z. es mit ihrer jeden anständigen Menschen anekelnden Hetze fertig bekommen, daß das für ziemlich sicher gehaltene Kölner Landtagsmandat an das Centrum überging. Die K. Z. sah dem, wie auch der immer weiter fortschreitenden Ohnmacht ihrer eigenen Partei, mit relativem Gleichmut zu. Wie eine Löwin, der man ihre Jungen rauben will, gebärdete sie sich aber, als man ganz am Schlusse des vorigen Jahrhunderts eine Kommunalwahl-Reform allerbescheidensten Umfanges ins Werk setzte. Der Landtagsabgeordnete und Kölner Rechtsanwalt Dr. Schnitzler, geborenes Mitglied der oberen 300, Associé des Hofadvokaten der Kölnischen Zeitung, hielt im Landtage eine fulminante Rede gegen dies Gesetz, aber alles half nicht. Fallen nun die Wahlen der zweiten Klasse im November 1903 wieder zu Gunsten

des Zentrums aus, so hat dieses die Mehrheit und die vermeintlich unüberwindliche „Unger-uns-Partei“ liegt besiegt am Boden. Das wäre dann auch zwar nicht das Ende, wohl aber der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte der K. Z. Bei der dann zu erwartenden totalen Machtverschiebung würden zunächst die Stadt-Annoncen, bald auch die andern spärlicher fließen, und schließlich auch noch manche anderen Einnahmequellen versiegen; kurz, die K. Z. würde an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen werden. Vielleicht, und sogar wahrscheinlich, würde zwar noch ein forcierter Aufschwung markiert werden — die K. Z. hat ja kolossale Reserven —, aber bald würde Stillstand und schließlich auch direkter Rückgang eintreten. Dieser Hergang würde ja natürlich eine lange Reihe von Jahren dauern; daß es aber schließlich dahin kommen würde und mit Naturnotwendigkeit kommen müßte, das weiß niemand besser wie die K. Z. selbst. Und deshalb macht sie geradezu fabelhafte Anstrengungen, um das drohende Unheil von der „Unger-uns-Partei“, namentlich aber auch von ihrem eigenen teuren Haupte und nicht minder teuren Portemonnaie abzuwenden. In ihrer Verzweiflung ist sie nun auf den tollen Einfall gekommen, mit den Sozialdemokraten zu paktieren.

Schon bei der Besprechung der Wahl von 1901 ließ sie sich folgendermaßen aus:

K. Z. 10. Dezember 1901.

„Vielleicht bringt schon die nächste Stadtverordnetenwahl III. Cl. recht eigenthümliche Combinationen.“

Deutlicher wurde Herr Professor Moldenhauer, Generalfeldmarschall der vereinigten Liberalen Kölns und der verlorenen Schlachten. Dieser Herr, der in quantitativer Hinsicht eine staunenswerte Beredsamkeit, in noch höherem Grade aber Redefreudigkeit besitzt, sagte Anfang April 1903 in

einer Versammlung, die sich mit den Vorbereitungen für die Reichstagswahl beschäftigte, dem Sinne nach etwa folgendes: Die in der Stadt verbreitete Ansicht, die Liberalen würden gemeinsam mit dem Zentrum die Sozialdemokratie bekämpfen, sei grundfalsch, man müsse vielmehr darauf bedacht sein, im ersten Wahlgang eine möglichst hohe Stimmenzahl zu erlangen, um dergestalt das Zünglein an der Wage bilden zu können! Noch deutlicher wurde der Stadtanzeiger, der lokale Ableger der K. Z., ein mit geradezu unheimlichen Geisteskräften redigiertes Blatt, indem er höhnisch hinzufügte, Herr Trimborn (der bekannte Zentrumsabgeordnete für Köln) möge sich nicht einbilden, daß man ihn seiner schönen Augen wegen wählen werde. Die Drohung, den Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, ist also für das naivste Gemüt unverkennbar. Fraglich ist nun zunächst, ob die Kölner Sozialdemokraten dumm genug sein werden, auf diesen Leim zu kriechen, einstweilen zeigen sie sich recht spröde. Um sie gefügiger zu machen, wird man ihnen also mindestens auch einige Mandate der III. Klasse bei den Stadtverordneten-Wahlen zusagen müssen. In dieser Hinsicht glaubt der Verfasser durch Zusammenstellung der Citate aus dem Jahre 1848 der K. Z. einen wesentlichen Dienst geleistet zu haben, denn nunmehr wird es ihr nicht schwer fallen, nachzuweisen, wie nahe sie den Sozialdemokraten gesinnungsverwandt ist. Daß dies Kartell eine ernste Gefahr in sich birgt, die Reform des Wahlmodus illusorisch zu machen, wird Jedem klar sein, der die furchtbare wirtschaftliche Macht der „Unger-uns-Partei“ und ihre taschenspielerischen Fähigkeiten auf dem Gebiete des Kölner Klüngels auch nur einigermaßen kennt. Damit wäre die Hausmacht der K. Z. zwar auf eine andere Basis gestellt aber in alter Stärke erhalten, womit dann ebenfalls ihr verderblicher Einfluß auf die gesamte Politik im Sinne eines pluto-

kratisch-oligarchischen Regiments weiter bestehen bleiben würde. Freilich könnte auch eine andere Wirkung eintreten, nämlich diejenige, daß wieder eine große Anzahl anständiger und denkfähiger Männer aus dem liberalen Lager fahnenflüchtig würden; in dieser Hinsicht kann die K. Z. auf kolossale Erfolge zurückblicken.

Wie dem aber auch sein möge, jedenfalls erschien der gegenwärtige Augenblick, in dem die K. Z. vor der Wahl steht, entweder eine neue Wandlung vorzunehmen, die sie vor dem Sturz ihrer Hausmacht bewahren soll, oder aber langsam und sicher bergab zu wandeln, interessant genug, um ihre bisherigen Wandlungen in einer kleinen historischen Skizze festzulegen.



Druck von J. S. Preuß, Berlin S.W., Kommandantenstr. 14.

Druck von J. S. Preuß, Berlin SW., Kommandantenstraße 14.

